

für „Leader“

BEZIRKSBLÄTTER

18./19. MAI 22



Bgm. Josef Ritzer begrüßte die Teilnehmer zur 8. Generalversammlung des Leader-Vereins KUUSK in Ebbs.

Fotos (2): Fluckinger

dreißig Workshops geführt, deren Ergebnisse nun vorliegen. So wird zu den bisherigen Aktionsfeldern ein neues für Klimaschutz und Anpassung hinzukommen, andere Aktionsfelder werden umbenannt. „Wir haben einiges zu tun in der kommenden Periode“, erklärt Steinbacher. Bewerben wird sich der Leader-Verein für die nächste Periode mit seiner

Entwicklungsstrategie beim Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus – dies mit 3,3 Millionen Euro. Im Rahmen der Generalversammlung fand auch die Neuwahl des Vorstandes statt, bei der Josef Ritzer einstimmig als neuer Obmann gewählt wurde und somit den bisherigen Obmann Martin Krumschnabel ablöst.

Eine neue Periode

Leader-Verein blickt auf neue Förderperiode. 2021 wurden 4,48 Millionen Euro an EU-Geldern in die Region gebracht.

BARBARA FLUCKINGER

EBBS, BEZIRK. Eine neue Förderperiode bricht für den Leader-Verein Kufstein und Umgebung, Untere Schranne – Kaiserwinkl (KUUSK) an. Für einen Rückblick, aber auch einen Ausblick auf das, was die nächste Leader-Periode (2023 bis 2027) bringt, versammelten sich die Mitglieder am Dienstag, den 3. Mai, in Ebbs.

„Es ist doch ein Wagnis gewesen vor sechs Jahren“, erklärte der Ebbser Bürgermeister und „Gastgeber“ Josef Ritzer. Das Wagnis, so das Resümee, sei dann aber sehr gut ausgegangen. Das Modell der Leader-Regionen, das ursprünglich als Programm für struktur-

schwache Regionen startete, ist heute in der Tat sehr erfolgreich. Die Aufgaben von „Leader“ sind das Initiieren und die Unterstützung bei der Umsetzung von Projekten.

Dabei tut sich gerade einiges in Tirol, was „Leader“ betrifft. „Wir werden flächendeckend“, erklärt Christian Stampfer vom Land Tirol (Abteilung Landesentwicklung). Aufgrund der Erfolge der acht bereits bestehenden Regionen in Tirol haben sich Schwaz, Innsbruck-Land sowie grenzübergreifende Regionen in Richtung Bayern dazu entschieden, ebenfalls „Leader“ werden zu wollen. Damit ist – mit Ausnahme der Landeshauptstadt Innsbruck – künftig ganz Tirol abgedeckt und Teil einer Leader-Region.

4,5 Millionen für die Region

Das Regionalmanagement für die KUUSK-Region kann dabei auf 83 genehmigte Projekte alleine im

Jahr 2021 blicken, wobei es bei 41 davon Projektträger war. Zu den Projekten, die ermöglicht bzw. gefördert wurden, zählen unter anderem „Kaiserweis“, „SommerKik“, das Therapiezentrum beim Lilienhof in Schwoich, aber auch ein Energieleitplan oder die Beecars.

47 Prozent dieser 83 Projekte betreffen dabei alle zwölf Mitgliedsgemeinden der KUUSK-Region. Mit Hilfe des Regionalmanagements konnten somit 2021 EU-Fördergelder in der Höhe von insgesamt rund 4,48 Millionen Euro in die Region gebracht werden.

Neue Entwicklungsstrategie

Auch in der kommenden Periode will das Regionalmanagement in der KUUSK vernetzen und Ressourcen bündeln. Dafür habe man an der lokalen Entwicklungsstrategie gearbeitet, erklärt Geschäftsführerin Melanie Steinbacher. Unter anderem wurden

Kufstein Blick , 18.05.2022

Illegale Müllkippe am Thierberg entdeckt

Stadt Kufstein erstattet Anzeige gegen unbekannt

Durch Forstarbeiten wurde im Bereich des Thierberges eine illegale Müllkippe auf städtischem Grund entdeckt. Das Ausmaß umfasst ca. 200 m³ und laut Abfallentsorgungsverband handelt es sich um Hausmüll, deswegen geht keine akute Gefahr von der bereits 10-15 Jahre alten Müllablagerung aus.

Die städtischen Gremien von Umweltausschuss über Stadtrat beraten aktuell über eine zeitnahe Sanierung der illegalen Müllkippe, die sich aller Voraussicht nach mit einem größeren 5-stelligen Betrag niederschlagen wird.

Zusätzlich erstattet die Stadt Kufstein Anzeige gegen unbekannt. „200 m³ Müll illegal im Wald zu entsorgen ist kein Kava-



Im Bereich Thierberg wurde eine 200 m³ große, illegale Müllkippe entdeckt.

Foto: Stadt Kufstein

liersdelikt, sondern eine Straftat – hier handelt es sich um einen schweren Verstoß gegen die gültigen Umweltgesetze und wenn es eine Chance gibt den Verursacher dafür zur Verantwortung

zu ziehen, dann werden wir diese Chance nutzen. Wer so etwas tut, nimmt die bewusste Schädigung unserer Kultur- und Naturräume in Kauf,“ so Umweltreferent Thimo Fiesel.

Architekten wollen

Experten haben die Bedingungen der Architekturwettbewerbe in Österreich und Bayern analysiert.

CHRISTOPH KLAUSNER

TIROL, BAYERN. Das im Sommer 2019 gestartete Interreg-Projekt „Grenzüberschreitendes Kompetenznetzwerk Architekturwettbewerbe“ zwischen Österreich und Bayern wird mit Ende Juni 2022 auslaufen. Zum Abschluss präsentierte Projektkoordinatorin Margit Friedrich gemeinsam mit Daniel Fügenschuh, Vizepräsident der Österreichischen Bundeskammer der ZiviltechnikerInnen, und Franz Damm, Vizepräsident der Bayerischen Architektenkammer, die Ergebnisse dieses grenzüberschreitenden Austausches, bei dem Architekturschaffende, Politiker sowie Auslober von Archi-

tekturwettbewerben beidseits der Grenze beteiligt waren.

Wenig internationale Teilhabe

Im Zuge der Zusammenarbeit wurden auch die österreichischen und bayerischen Architekturwettbewerbe der letzten Jahre in Bezug auf Anzahl und Herkunft der Teilnehmer analysiert. Dabei wurde ersichtlich, dass die „Wahrnehmung deutlich von den tatsächlichen Zahlen abweicht“, so Projektkoordinatorin Margit Friedrich. Auf beiden Seiten der Grenze variiere die Teilnehmerzahl je nachdem, welche und wie viele Wettbewerbe ausgetragen werden. In Österreich gab es so beispielsweise 2008 nur durchschnittlich 28 Teilnehmer pro Wettbewerb, der Höchstwert konnte 2013 mit durchschnittlich 61 Teilnehmern erzielt werden. Die Zahl der internationalen Teilnehmer bei den Architekturwettbewerben ist laut Friedrich sowohl in Österreich

als auch in Bayern auf rund zehn Prozent gesunken. Pro Jahr würden auf beiden Seiten der Grenze rund 100 Architekturwettbewerbe stattfinden.

Unterschiedliche Bedingungen

Durch das Interreg-Projekt soll der grenzüberschreitende Wettbewerb gefördert werden. Die Experten vermuten mehrere Gründe für die noch ausbaufähige, grenzüberschreitende Beteiligung an Architekturwettbewerben. Einerseits hätten in den vergangenen Jahren eine oftmals unsichere Wirtschaftssituation und ein Mangel an Fachkräften dazu geführt, dass man eher weniger Wettbewerbe angenommen hat, meint Daniel Fügenschuh. Sein Kollege Franz Damm sieht neben einem gesättigten Architektenmarkt auch die unterschiedlichen Rahmenbedingungen als Ursache. „Unterschiedliche Regularien sind für manche ein Aufwand und

fairen Wettbewerb

Hemmnis, das man sich nicht aufzulegen, wenn in der direkten Umgebung genügend zur Verfügung steht“, so Damm. Daher pochen die Berufsvertreter beider Länder auf fairere Wettbewerbsbedingungen. Bessere Preisgelder, längere Fristen sowie eine ausgewogenere Zusammensetzung von Jurys werden als Ansatzpunkte genannt. Zudem wurde auf Basis von 200 Begriffen ein Tool entwickelt, welches eine übersichtliche Gegenüberstellung der rechtlichen Rahmenbedingungen beider Nachbarländer bietet. Somit soll Architekten der Zugang zu Wettbewerben jenseits der eigenen Landesgrenze erleichtert werden.

Qualität vor Preis

Die Projektverantwortlichen betonten auch, dass in Sachen Architektur immer die Qualität dem Preis vorzuziehen sei. Generell seien mehr Architekturwettbewerbe ratsam, da dies auch zu mehr



Margit Friedrich, Daniel Fügenschuh und Franz Damm präsentierten die Erkenntnisse aus dem Interreg-Projekt.

Screenshot: Friedrich

Teilnehmern und schlussendlich zu einer größeren Auswahl führen würde. „Gerade in der Architektur sollten wir auf die Qualität achten. Was da eingekauft wird, muss man auch Jahrzehnte lang leben können“, so der Vizepräsident der Bayerischen Architektenkammer. Und wie soll die hohe Qualität in Einklang mit stetig steigenden

Preisen und begrenzten Budgets gebracht werden? Nicht die glänzende Oberfläche, sondern eine Struktur, die dauerhaft genutzt werden könne, sei ausschlaggebend, so Damm. Somit würden oftmals auch Ressourcen gespart werden, da Gebäude dadurch über die Jahre vielseitiger genutzt werden können.

08/09. Juni 22

Babypaket lässt die

Zwei im April eingereichte Anträge sorgten in der Wörgler Gemeinderatssitzung für lange Diskussionen.

CHRISTOPH KLAUSNER

WÖRGL. Bei der Wörgler Gemeinderatssitzung am Donnerstag, den 2. Juni, ging es beim Thema Babygeschenke zur Sache. Die Liste Wir für Wörgl (WfW) hatte vorgeschlagen, Neugeborenen sowie deren Eltern einen Willkommensgruß im Wert von rund 120 bis 150 Euro zu schenken. Ein Zeichen der Wertschätzung und eine Unterstützung in Zeiten von steigenden Preisen, so Vize-Bgm. Roland Pohnholzer (WfW), der auch betonte, dass sich die Stadt dies ohne Probleme leisten könne. Entgegen allen Erwartungen plädierte Familienreferent und Vize-Bgm. Kayahan Kaya (VP) für eine



Vize-Bgm. Kayahan Kaya (VP) war in Erklärungsnot. Fotos (2): Klausner

Ablehnung. Nicht weil er etwas gegen Babygeschenke habe, sondern weil Willkommensgeschenke umfassender gedacht werden sollen, so die Begründung. Dazu will Kaya erheben lassen, was die Menschen tatsächlich brauchen – nicht nur Babys oder Eltern, auch andere Bevölkerungsgruppen, wie z. B. Senioren oder Zugezogene, sollen in diesem Prozess berücksichtigt werden. Diese Erklärung stieß prompt auf Widerstand. Für GR Andreas Widschwendner (WfW) war die Argumentation „lächerlich“. Seine Parteikollegin Patricia Kofler gab sich ebenfalls verwun-



Gehfurten – mit oder ohne Insel – könnten Schutzwege ersetzen.

dert. Bei dieser Hilfsaktion gehe es nicht nur um den finanziellen Wert, sondern auch um das „Sammelurium an Infos“, das Eltern bereitgestellt werden soll. Auch Grünen-Frauenreferentin Özlem Harmanlı „wusste nicht, wie man dazu Nein sagen kann.“

Künftig 50-Euro-Gutschein

SR Christian Kovacevic von der Liste Hedi Wechner (LHW) sah nur einen gemeinsamen Nenner, und zwar die Erhöhung der derzeit als Babygeschenk fungierenden Wörgl-Gutscheine von 30 auf 50 Euro, und stellte den Abände-

Wogen hochgehen

rungsantrag, der einstimmig angenommen wurde. Die Höhe war einigen zwar noch zu gering, allerdings plädierte auch Bgm. Michael Riedhart für 50 Euro, eine weitere Anpassung könne später nochmals erfolgen.

Schutzwegsituation

Auf mehreren Wörgler Straßen wurden in letzter Zeit Zebrastreifen entfernt. Dies hat verständlicherweise bei einigen Bürgerinnen und Bürgern Unmut ausgelöst. Christopher Lentsch von der Freiheitlichen Wörgler Liste (FWL) hatte daher im April einen Antrag eingebracht, dass man doch die Schutzwegsituation, vor allem in der Ladestraße, kontrollieren und verbessern möge.

Entfernte Zebrastreifen

Der Verkehrsausschuss und das Stadtbauamt haben sich mittlerweile mit dieser Aufgabenstellung auseinandergesetzt. Verkehrsre-

ferent Hubert Aufschnaiter (VP) betonte, dass man von der Gesetzgebung her verpflichtet sei, alle fünf Jahre die Einrichtungen, Markierungen und Beschilderungen für den Straßenverkehr auf seine Rechtmäßigkeit zu überprüfen. Die Richtlinien und Vorschriften für das Straßenwesen (RVS) sehen vor, dass beispielsweise eine gewisse Fußgängerfrequenz oder auch Mindestabstände eingehalten werden müssen. Und hier schließt sich der Kreis. In der Ladestraße gab es bis vor Kurzem nämlich sieben Zebrastreifen. Um die Mindestabstandsregel einzuhalten, sind nun zwei entfernt worden. Schutzwege müssen den rechtlichen Vorgaben entsprechen, das sei vor allem bei Unfällen wichtig, ansonsten würden Versicherungen aussteigen und die Gemeinde würde sich mit Haftungsfragen auseinandersetzen müssen, erklärte Aufschnaiter. Alternativ könne laut Aufschnaiter

an mancher Stelle eine sogenannte Gehfurte (siehe Bild) installiert werden. Lentsch war fassungslos: „Schutzwege wegzufräsen ist nicht die Lösung. Man muss schauen, dass man sie rechtskonform macht.“ Zur Abstimmung kam es zum Schluss allerdings gar nicht mehr, die FWL zog ihren Antrag zurück. Dies ändert allerdings nichts daran, dass der ein oder andere Schutzweg der Vergangenheit angehört.

UMFRAGE

 Mehr dazu und eine Umfrage finden Sie auf meinbezirk.at/kufstein!



Stadt Kufstein setzt ganz auf LED-Beleuchtung

Rund zwei Drittel der 2.019 Straßenbeleuchtungen in Kufstein sind bereits auf LED umgerüstet, nun will man auch die restlichen 619 auf diese Technologie umrüsten. Bei rund der Hälfte ist dabei nur das Leuchtmittel zu tauschen, bei den übrigen sollen die baulichen Maßnahmen in Abstimmung mit dem Straßenbauprogramm abgestimmt werden. Alle umgerüsteten LED-Leuchten werden über einen Dimmer verfügen. Auch die in die Jahre gekommene Beleuchtung der Festung Kufstein soll auf LED umgestellt werden. „Es spricht auch nichts gegen eine Reduzierung

der Festungsbeleuchtung, sofern dabei auf denkmalschützerische Belange sowie auf die Innenhofbeleuchtung Rücksicht genommen wird“, so Emanuel Präauer, Geschäftsführer der Festung Kufstein GmbH. Auch eine gänzliche Abschaltung der Festungsbeleuchtung mit Ausnahme des Kaiserturmes könnte er sich vorstellen.

Auch für die Beleuchtungen aller öffentlichen Gebäude und Denkmäler soll ein Beleuchtungskonzept erstellt werden. Die dafür nötigen finanziellen Mittel sollen in den Haushaltsplänen der nächsten Jahre aufgenommen werden.



Auch die Beleuchtung der Festung soll auf LED umgestellt werden.

Foto: Pierzinger

Gemeinden reden

Land und Umweltorganisationen unterstützen Gemeinden, damit sie in Sachen Klimaschutz besser vorankommen.

CHRISTOPH KLAUSNER

KUNDL. Im Jahre 2050 soll Tirol energieautonom sein, so das Ziel. Um dies zu erreichen, müssen vielerorts Maßnahmen gesetzt werden. Die Landesregierung sowie die Organisationen Energie Tirol, Wasser Tirol und Klimabündnis Tirol wollen den Gemeinden bei den anstehenden Herausforderungen unter die Arme greifen. Deshalb veranstalteten sie gemeinsam fünf Info-Abende in Tirol, um zu veranschaulichen, wie die Energiewende erreicht und wie Klimaschutz vor Ort gelebt werden kann. Am Don-

nerstag, den 2. Juni, machte man Halt in Kundl. Neben LHStv. Josef Geisler, LHStv. Ingrid Felipe und Vertretern der oben genannten Organisationen nahmen auch über 80 Gemeinderäte aus 33 Orten teil.

Optimistisch in die Zukunft
Bei diesem Austausch drehte sich alles um die Frage, wie der CO₂-Ausstoß verringert und somit die Erderwärmung eingedämmt werden kann. „Wir wollen verdeutlichen, dass Pessimismus uns lähmt und unsere ambitionierten energiepolitischen Ziele nur mit Hilfe eines lösungsorientierten Zukunftsoptimismus umsetzbar sind“, so Energie Tirol-GF Bruno Oberhuber. Im Laufe der Veranstaltung wurden viele konkrete Maßnahmen besprochen. Für André Stigger vom Klimabündnis Ti-

rol sind es oft die kleinen Dinge, welche Gemeinden umsetzen können und in Summe einen großen Beitrag zum Klimaziel leisten.

Voneinander lernen

Oftmals braucht es nur ein Gespräch, um neue Ideen aufgreifen zu können. An diesem Abend tauschte man sich über Vorhaben in den Bereichen (Elektro-)Mobilität, Biomasse, Photovoltaik, Trinkwasserkraft und Förderungen aus. Ruppert Ebenbichler, Geschäftsführer von Wasser Tirol, hofft, dass nun viele Ideen weiterverfolgt und auch umgesetzt werden. Erfolgreiche Projekte würden seiner Meinung nach motivierend wirken und oft zu nächsten Schritten anspornen. Bei der Umsetzung stehen jedenfalls das Land Tirol, Energie Tirol und Klimabündnis Tirol den

MEINBEZIRK.AT/KUFSTEIN

über Klimaziele



Vertreter aus der (Gemeinde-)Politik sowie von Umweltorganisationen trafen sich in Kundl zum gemeinsamen Austausch. Foto: Klimabündnis Tirol

Gemeinden unterstützend zur Seite. Unter dem Dach „TIROL 2050 energieautonom“ wurden die Serviceleistungen der einzelnen Organisationen vorgestellt. Dabei sind die Unterstützungsmöglichkeiten durchaus breit gefächert – geholfen wird bei der Errichtung von Ladestationen für Elektro-

Autos, bei der Organisation von Green Events uvm.

Best Practice in der Region
Viele Teilnehmer erhielten zudem Inspirationen durch Beispiele aus den Bezirken Kufstein und Kitzbühel. Westendorfs Bürgermeister René Schwaiger präsentierte den

Leitfaden für das Bauen und Sanieren von energieeffizienten Gebäuden. Der durch einen Gemeinderatsbeschluss legitimierte Leitfaden wird derzeit bereits beim Kindergartengebäude angewendet. Marije Moors vom Ortsmarketing St. Johann verdeutlichte, dass umweltfreundliche Mobilität in ihrer Gemeinde besonders wichtig sei. Um dabei auch die Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen, habe man eine Begegnungszone eingerichtet oder beispielsweise auch ein Lastenrad installiert, welches von Betrieben genutzt werden kann. Bad Häring's Amtsleiter Werner Drexler berichtete von gelungener gemeindeübergreifender Zusammenarbeit. So organisierten die Gemeinden Bad Häring und Kirchbichl letztes Jahr einen gemeinsamen Radtag mit lokalen Betrieben.

TT 18.06.22

Regierung will Bauern mit 110 Mio. Euro entlasten

Die Kosten für viele Betriebsmittel haben sich seit 2020 verdreifacht. Die Regierung geht von einem Mehraufwand von 1,1 Mrd. Euro aus.

Wien – Österreichs Landwirte kämpfen mit den steigenden Kosten bei Energie, Dünger und Futtermitteln als Folge des Ukraine-Krieges. Die Regierung geht dabei von Mehrausgaben in der Höhe von 1,1 Mrd. Euro seit 2020 aus. Gestern hat nun Landwirtschaftsminister Norbert Totschnig (ÖVP) ein so genanntes „Versorgungssicherungspaket in der Höhe von 110 Mio. Euro präsentiert.

„Wir können die Teuerung nicht komplett ausgleichen, aber wir entlasten damit unsere Betriebe und stärken so auch deren Wettbewerbsfähigkeit“, erklärte Totschnig. Das größte Problem seien weiterhin die exorbitant gestiegenen Preise für Treibstoff, Dünger und Energie. Berechnet wird der Versorgungssicherungsbeitrag anhand der Fläche oder der Anzahl der Tiere eines Betriebes. Der tierbezogene Beitrag liegt bei 14 Euro je Großvieheinheit (GVE). Dabei entspricht eine GVE einem erwachsenen Rind oder Pferd, Schweine, Schafe, Ziegen oder jüngere Tiere werden nach einem Schlüssel umgerechnet. Der flächenbezogene Beitrag



Die Kosten bei Energie, Dünger und Futtermitteln sind als Folge des Krieges in der Ukraine explodiert. Foto: Rita Falk

variiert je nach Flächennutzung. Der durchschnittliche Versorgungssicherungsbeitrag je Betrieb beträgt laut Totschnig rund 1000 Euro. Insgesamt würden damit 110.000 Betriebe unterstützt. Es sei kein zusätzlicher Antrag notwendig. Der Betrag werde automatisch über die EU-Ausgleichszahlungen für das Antragsjahr 2022 ermittelt und über die AMA ausbezahlt. Die Überweisung des Geldes erfolge

dann Ende des Jahres. Zudem kündigte Totschnig ein kleineres Unterstützungspaket für den Bereich „Geschützter Anbau“ (Glashäuser, Folien usw.) in der Höhe von neun Mio. Euro an.

Vor einer Woche war bekannt geworden, dass die österreichischen Steuerzahler zusätzlich auch für 68 Mio. Euro an Agrarförderungen geradestehen müssen, weil die EU-Kommission Agrardar-

rektzahlungen in dieser Höhe einbehält und das mit einer nicht korrekten Abgrenzung zwischen Almregionen und anderen landwirtschaftlichen Flächen im Zeitraum 2015 bis 2019 begründet. Das Landwirtschaftsministerium will diesen Entscheid, wie berichtet, vor dem Europäischen Gerichtshof bekämpfen, das Finanzministerium werde die ausfallenden EU-Förderungen zwischenfinanzieren. (hu)

80% der Pfleger sind Private

Wifo-Expertin für Ausbau der Dienste, größtes Problem ist der hohe Personalbedarf. Die eine Milliarde teure Pflegereform der Regierung kann nur ein erster Schritt gewesen sein.

Die größte Last tragen die Angehörigen: Laut einer aktuellen Gallup-Wifo-Umfrage glauben zwar viele, dass die Hälfte der pflegebedürftigen Personen in betreuten Einrichtungen untergebracht ist. Doch in Wahrheit ist das nur ein Fünftel. 80 Prozent werden zu Hause von den Angehörigen gepflegt, weiß Ulrike Famira-Mühlberger (Wifo).

Das entspricht zwar den Wünschen der Bevölkerung, wird aber nicht so bleiben können. Denn das Pflegepotenzial in der Familie geht zurück, weil die Erwerbsbeteiligung der Frauen steigt und die Geburtenrate sinkt. Also werden bald zu wenig Junge zur Pflege der Alten da sein. Daher müsse Öster-

reich so wie andere Länder mehr in geeignete Einrichtungen investieren, so Famira-Mühlberger.

Die eine Milliarde Euro, die die Regierung bis Ende 2023 bereitstellt (den Großteil für einen Gehaltsbonus für Pflegekräfte), könne nur ein erster Schritt sein. Beim Finanzausgleich mit den Ländern müsse das weiterverhandelt werden, fordert die Wifo-Expertin.

Bis zu 100.000 Jobs fehlen in den nächsten zehn Jahren. Daher wünscht sich eine Mehrheit eine vom Staat finanzierte Pflegeversicherung. Das sieht Famira-Mühlberger problematisch, weil es die Lohnkosten erhöht und dem Wachstum schadet.

MS

Foto: www.picturesdesk.com



Famira-Mühlberger:
„Wir brauchen
mehr Pflege-
Einrichtungen.“

TT, 29.06.2022

Wo der Wolf bejagt wird

Taugt Schwedens Beutegreifer-Management als Vorbild? Um das herauszufinden, reiste eine Delegation aus Österreich in den Norden. Konflikte gibt es auch dort – trotz Abschussplans.

Von Benedikt Mair

Innsbruck – Wer mit der Rückkehr von Wolf und Co. in seinem Land überfordert ist, reist derzeit nach Schweden. Vertreter des deutschen Umweltausschusses waren etwa kürzlich dort. Und auch eine von Tirol aus initiierte Delegation aus Österreich nahm den weiten Weg auf sich, um das skandinavische Beutegreifer-Management ganz genau unter die Lupe zu nehmen. Die aus Bauernvertretern und ÖVP-Politikern bestehende Abordnung will die Erfahrungen nun in konkrete Forderungen gießen. Den der Weisheit letzten Schluss brachte die Gruppe aus dem Norden aber nicht mit. Denn trotz Bejagung gibt es Konflikte.



„Schweden hat den Erhalt seiner Rentierhaltung höher eingestuft als den Artenschutz.“

Hermann Gahr
(Nationalratsabgeordneter, ÖVP)

Unter anderem das Parlament, den Bauernverband, die mit der Wolfs-Frage befassten Ministerien, ein Beutegreifer-Forschungszentrum und zwei Schafbauern haben die Österreicher in Schweden besucht. „Alle Seiten arbeiten dort gemeinsam an einer Lösung“, sagt Tirols Landwirtschaftskammer-Präsident und ÖVP-

Nationalratsabgeordneter Josef Hechenberger, der Teil der Delegation war. Alle Seiten – Viehhalter, Politik und Naturschützer – gingen bis zu einem gewissen Grad respektvoll miteinander um. Er wünsche sich auch für Österreich eine weniger emotionsgeladene Debatte und „dass die andere Seite die Sorgen der Bauern nicht immer so lapidar vom Tisch wischt“.

Warum soll gerade das schwedische Management-Modell hierzulande als Vorbild dienen? Und weshalb sehen das hauptsächlich Beutegreifer-kritische Fraktionen so? Auf dem Gebiet des EU-Staates wird der Wolf, derzeit leben dort etwa 460 Individuen, aktiv bejagt. Deshalb hat die Europäische Union bereits vor mehr als zehn Jahren ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet. Viel geändert hat das nicht. Vor einiger Zeit beschloss die Regierung, dass der Bestand zu groß geworden sei. Er wird, so alles nach Plan läuft, auf 170 bis 270 Tiere reduziert werden. Im Norden des Landes dürfen sich überhaupt keine Rudel bilden, um die dort praktizierte, spezielle Form der Nutztierhaltung nicht zu gefährden.

„Schweden hat den Erhalt seiner Rentierhaltung höher eingestuft als den Artenschutz“, sagt der Tiroler ÖVP-Parlamentarier Hermann Gahr, auf dessen Initiative die Reise in den Norden zustande kam. Auch die Almwirtschaft in den Alpen sei ähnlich zu bewerten, meint er. Eine gesetzlich gedeckte Entnahmemöglichkeit für den Wolf in Österreich hält er für unumgänglich – und zwar nicht nach Wochen der Begutach-



In Schweden soll der Wolfsbestand drastisch reduziert werden – von aktuell 460 auf 170 bis 270 Tiere. Symbolfoto dpa

nung, sondern sofort, wenn Probleme auftreten. Gahr gibt aber zu, dass „auch die Bejagung nicht immer konfliktfrei verläuft“ und ihre Grenzen habe. Trotz einiger Dutzend Abschüsse jährlich hat in den vergangenen zehn Jahren etwa ein Drittel aller schwedischen Schafbauern aufgegeben, ihren Betrieb ein- oder auf Ackerbau umgestellt. „Bei uns in Tirol geht das nicht. Viele Hänge und Wiesen sind so steil, dass sie nur mit Schafen bewirtschaftet werden können.“

Sowohl Gahr als auch Parlaments-Kollege Hechenberger wollen nun gemeinsam mit Juristen prüfen, welche der Ansätze aus Schweden auch hierzulande umgesetzt werden können. Daraus wollen sie politische Forderungen ableiten.



Die österreichische Delegation mit den Tiroler Parlamentariern Josef Hechenberger (l. v. l.) und Hermann Gahr (l. v. r.) bei dem Besuch in Schweden. Foto: Gahr

Beide loben etwa das Monitoring, die schwedischen Behörden wüssten „bei fast jedem Wolf, wo er herkommt und sich gerade aufhält“. In jedem Fall wollen sie den günstigen Erhaltungszustand der Population in Österreich diskutie-

ren, ihrer Meinung nach ist der gegeben, Abschüsse deshalb rechtlich möglich. „Und vielleicht müssen wir einfach aufhören, darauf zu warten, dass auch die letzte NGO glaubt, dieser Zustand sei erreicht“, sagt Hechenberger.

„Schweden ist

Der Tiroler LK-Präsident NR Josef Hechenberger machte sich im hohen Norden ein Bild. Vor einem EU-Vertragsverletzungsverfahren hat er seither keine Angst mehr: „Wir müssen endlich handeln!“

Aktuell vergeht keine Woche, ja fast kein Tag, an dem die großen Beutegreifer nicht für Schlagzeilen sorgen. Zwischen Amlach und Zöblen hört man regelmäßig von Wolfs- und Bärenattacken. Dass vor allem der Bär sehr aktiv und mobil ist, beweist die Tatsache, dass er unlängst in einer Nacht in der Leutasch „wilderte“ und einen Tag später einen Abstecher nach Tarrenz machte, wo er ein paar Schafe „erlegte“. Und „Meister Isegrim“ war zuletzt im Wipptal unterwegs, wo er 21 Schafe sowie eine Ziege tötete.

„Der Wolf kommt Dörfern immer näher und so-

mit zu den Menschen. Ich habe deswegen sogar schon eine Petition von zehn Bürgermeistern aus dem Unterland erhalten“, schildert Landwirtschaftskammer-Präsident Josef Hechenberger im Gespräch mit der „Krone“.

„Der Wolfsbestand muss rasch reguliert werden“

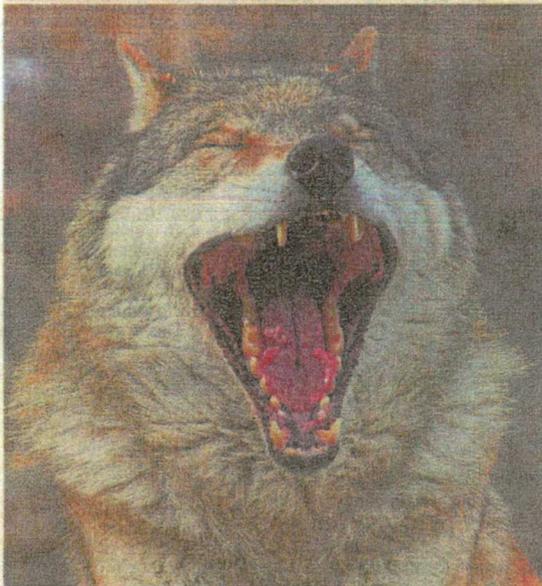
Für ihn ist ganz klar: „Der Wolfsbestand in Tirol muss reguliert werden.“ Und zwar bevor ein Mensch zu Schaden kommt. Der Wolf hat nämlich eine Vermehrungsrate von 30 Prozent pro Jahr. Wie es funktioniert, zeige Schweden. „Dieses Beispiel wird immer wieder ge-

Foto: ZOOK/TIROL



Derartige Massaker wie im Bild oben kommen leider immer wieder in Tirol vor. Dabei gibt es ein starkes Bekenntnis gegen den Wolf, wie das Bild rechts zeigt.

Wolf-Politik der EU völlig egal



Der Wolf geht um und sorgt für Angst in der Bevölkerung

11
Wir müssen aktiv werden und nicht so lange warten, bis auch die letzte NGO in Brüssel ihren Segen dazu gibt. Das heißt, wir müssen den Wolfsbestand regulieren.

Tirols LK-Präsident Josef Hechenberger



Foto: Christof Birbaumer

nannt. Daher war ich vor Kurzem gemeinsam mit NR Hermann Gahr im Hohen Norden und habe mir ein Bild vor Ort gemacht“, sagt Hechenberger weiter, „aktuell gibt es in ganz Schweden knapp 500 Wölfe. Es gibt aber einen Beschluss des dortigen Parlaments, dass es maximal 300 sein dürfen. Und man überlegt gerade, diese Zahl auf 170 bis 200 Tiere zu reduzieren“, zeigt der LK-Boss auf. Das

schmeckt zwar nicht allen in Brüssel, doch die Schweden haben es selbstbewusst auf ein EU-Verletzungsverfahren ankommen lassen.

„Schweden-Verfahren läuft schon seit elf Jahren“

„Das Verfahren läuft mittlerweile seit elf Jahren. Auswirkungen hatte es bisher keine, die Schweden lassen sich von ihrem Weg nicht abbringen“, sagt Hechenberger. Selbigen Weg will er nun auch in Tirol einschlagen. „Wir müssen aktiv werden und nicht so lange warten, bis auch die letzte NGO in Brüssel ihren Segen dazu gegeben hat. Sprich, wir müssen nun möglichst rasch mit der Beutgreifer-Regulierung in Tirol beginnen. Und wenn die EU meint, dass sie ein Vertragsverletzungsverfahren einleiten muss, dann soll sie das auch machen. Ich sehe das, seit ich in Schweden war, gelassen“, erklärt Hechenberger. Markus Gassler



Foto: Die Fotografen Charly Lar, Die Fotografen

„Wir stehen hier

Nächste Bürgermeisterkonferenz zum Thema Regionalbad könnte nach den Landtagswahlen stattfinden.

BARBARA FLUCKINGER

ANGATH, BEZIRK. Die Vertreterinnen und Vertreter, die sich für eine ganzjährige Wasserfläche im Tiroler Unterland einsetzen, fühlen sich im Trockenen stehen gelassen. „Es beginnt jetzt das dritte Jahr, in dem wir eigentlich keine Wasserfläche mehr haben“, erklärt Gabi Hausberger vom Team Schwimmfreunde im Unterland. Gemeinsam mit Eva Dollinger lud sie am Dienstag, den 13. September, zu einer Pressekonferenz in Angath, bei der beide von anwesenden Politikern und Bürgermeistern zum Thema „ganzjährige Wasserflächen“ Antworten einforderten. Konkrete Informati-



Vertreter der Schwimmfreunde im Unterland forderten klare Antworten von Bgm. Andreas Ehrenstrasser sowie Bgm. Michael Riedhart. Foto: Fluckinger

onen zu einem möglichen neuen Schwimmbad in der Region gab es am Dienstag wenige. Jediglich die Aussicht auf eine weitere Bürgermeisterkonferenz.

Man steuere mittlerweile auf „Generationen von Nichtschwimmern“ zu. Vereine, welche Kinder und Jugendliche trainieren, würden vor dem „Nichts“ stehen. Zudem würden Gesundheit und

Prävention für ältere Generationen von der Politik negiert, kritisierten die beiden Vertreterinnen der Schwimmfreunde gleich zu Beginn.

Auch Julius Skamen, Präsident des Tiroler Triathlonverbandes, fand klare Worte, was die derzeitige Wasserflächen-Situation betrifft. „Es reicht, es ist genug gesagt worden in den letzten Jahrzehnten“,

im Trockenen!“

so Skamen. Man wolle von der Politik noch mehr gehört werden.

Konferenz nach Wahlen

Dollinger und Hausberger verlangten im Zuge der Pressekonferenz auch klare Aussagen von den Bürgermeistern von Langkampfen und Wörgl. Diese hatten sich mit dem Thema eines möglichen neuen Regionalbades in ihrer jeweiligen Gemeinde in den vergangenen Monaten intensiv beschäftigt.

Beide Bürgermeister zeigten sich grundsätzlich bereit, sich für ein Schwimmbad in ihrer Gemeinde einzusetzen. Bgm. Michael Riedhart erklärte dann noch während der Pressekonferenz, einen „Antrag“ für eine Bürgermeisterkonferenz stellen zu wollen. Das allerdings erst nach der Landtagswahl. Auf die Frage hin, wie lange die Planung und Umsetzung eines Schwimmbades möglicherweise dauern könnten, sprach Riedhart

von einer drei- bis vierjährigen Planungsphase und einer ein- bis zweijährigen Umsetzung. Bgm. Andreas Ehrenstrasser zeigte sich mit eineinhalb Jahren Planung und eineinhalb Jahren für die Umsetzung etwas optimistischer.

Riedhart: Konzept erstellen

„Wir müssen jetzt Fakten schaffen“, so Bgm. Riedhart. Deswegen müsse man zuerst ein Konzept erstellen, wie ein Regionalbad funktionieren könnte. Man müsse sich dafür in der Region auch mit den Tourismusverbänden sowie dem Land Tirol zusammensetzen. Als ersten Schritt gelte es, die Bürgermeisterkonferenz auszurufen. „Mein Ziel ist es schon, dieses Bad als Regionalverband zu betreiben“, so Riedhart.

Langkampfen auch Kandidat

Auch Langkampfen stellt sich als möglicher Standort für ein Regionalbad zur Verfügung. Nach

„Fact-Findings“ in ganz Tirol und eigenen Berechnungen sei nach Ansicht von Ehrenstrasser ein 50-Meter-Becken mit zwei 25-Meter-Becken notwendig, um den Bedarf in allen Bereichen abzudecken. Die Kosten würden aber bei mindestens 50 Millionen Euro liegen. Er spricht sich im Gegensatz zu Riedhart nicht für einen Verband, sondern für eine Errichter- und Betreibergesellschaft, die mit der Wirtschaft kooperiert, aus.

UMFRAGE

Mehr dazu und eine Umfrage finden Sie auf [meinbezirk.at/kufstein!](http://meinbezirk.at/kufstein)



ZUR SACHE

Das Wave-Areal in Wörgl wird derzeit nicht verkauft. „Ich habe gesagt, dass wir es nicht verkaufen werden, bevor wir nicht ein neues Projekt geplant haben. Wir haben aber die Standortfrage offen gelassen“, so Bgm. Michael Riedhart. Es gebe auch Gespräche mit Grundeigentümern für einen möglichen anderen Standort in Wörgl, erklärt Riedhart. Genaues wollte er dazu, ob möglicher Verhandlungen, aber noch nicht sagen. Er habe auch schon Mitarbeiter des Amtes mit Aufgaben der Regionalbad-Planung betraut.

Langkampfen: Erst verhandeln

Er habe versucht, die ursprünglich in Langkampfen geplante Sportanlage mit einem Regionalbad zu vernetzen, erklärte Bgm. Andreas Ehrenstrasser. „Wenn man etwas macht, dann muss man etwas ‚Geschicktes‘ machen, und zwar dem Bedarf gemäß“, so Ehrenstrasser. Es gebe die Aussicht darauf, dass das dafür notwendige Grundstück in Langkampfen verfügbar wäre, dies wäre aber erst Gegenstand künftiger Verhandlungen.

BKH wartet

BEZIRKSBLÄTTER

28./29. Sept. 22

Bei externer Untersuchung zu Vorfällen eine Pflegekraft entlassen. Erster Zwischenbericht bis Oktober erwartet.

BARBARA FLUCKINGER

KUFSTEIN. Vorwürfe, die auf einen Pflegeskandal im Bezirkskrankenhaus (BKH) Kufstein hindeuteten, erschütterten im Juli und August 2022 die Öffentlichkeit im Bezirk Kufstein.

Ein diplomierter Pflegebediensteter der Psychiatrie-Abteilung hatte zuvor Mobbingvorwürfe erhoben. Im Zuge dessen kam es seitens des Mannes zu weiteren Anschuldigungen: So sollen Pfleger der Abteilung Psychiatrie über eine Chat-Gruppe Fotos und Videos von Patientinnen und Patienten der Psychiatrie ver-

schickt und sich darüber lustig gemacht haben.

Das Krankenhaus hat laut eigenen Angaben gleich nach Bekanntwerden der Vorfälle eine externe Untersuchung eingeleitet. „In der Zwischenzeit wurden 28 Befragungen und Interviews von der von uns hinzugezogenen Rechtsanwaltskanzlei durchgeführt“, informiert BKH-Kufstein-Verwaltungsdirektor Wolfgang Schoner.

Eine Pflegekraft wurde mittlerweile entlassen. Die Krankenhausführung behält sich weitere dienstrechtliche Schritte



„Wir erwarten uns eine kritische Analyse des Ist-Zustands mit Handlungsempfehlungen.“

Foto: Noggler/BB Archiv

WOLFGANG SCHONER
BKH-VERWALTUNGSDIREKTOR

auf Analyse

vor. Man arbeite hier sehr eng mit den Behörden zusammen. Der Krankenhausführung sei es wichtig, die wohnortnahe Versorgung der Patientinnen und Patienten weiterhin aufrechtzuerhalten und diese auf menschlich und fachlich möglichst hohem Niveau durchzuführen. „Daher wollen wir wissen, ob es neben den bekannt gewordenen Defiziten noch weiteren Verbesserungsbedarf gibt. Aus diesem Grund wurde zusätzlich ein unabhängiges Gutachterteam beauftragt, um die Abteilung umfassend zu evaluieren“, so der Verwaltungsdirektor.

Zwischenbericht im Oktober

Das Team um den renommierten Arzt und Leiter der Psychiatrie und Psychotherapie am Bezirkskrankenhaus Hall, Univ.-Prof. Dr. Josef Marksteiner, hat bereits seine Tätigkeit



Das Krankenhaus hat die externe Untersuchung eingeleitet. Foto: Fluckinger

aufgenommen, informiert das Kufsteiner Krankenhaus. „Wir erwarten uns eine kritische Analyse des Ist-Zustands mit klaren Handlungsempfehlungen“, so Wolfgang Schoner.

Ein erster Zwischenbericht wird bis Anfang Oktober erwartet und anschließend den Medien und der Öffentlichkeit vorgestellt.

ZUR SACHE

Dank des Operationssystems „Da Vinci“ haben Patientinnen und Patienten nach der Operation weniger Schmerzen und eine kürzere Genesungszeit. Das System erlaubt dem Chirurgen mit dem Einsatz einer fluoreszierenden Flüssigkeit eine bessere Sicht auf die zu operierenden Bereiche. Der Chirurg hat also dank des Systems ganz neue Möglichkeiten.

Die Kosten des Systems sind hoch: Rund 1,8 Millionen Euro kostet die Anschaffung, während die laufenden Kosten in Kufstein jährlich bei rund 300.000 Euro liegen. Dennoch sieht Dr. Olivier Fuchs enorme Vorteile im Betrieb des Systems, auch abseits der schnelleren Genesungszeit der Patientinnen und Patienten. In Kufstein wurden mittlerweile mehr als 300 Eingriffe mit dem System gemacht, Tendenz steigend.

BEZIRKSBLÄTTER TIROL • 28./29. SEPTEMBER 2022

Wie das BKH mit Roboter operiert

Dr. Olivier Fuchs gibt bei Vortrag Einblicke ins Operationssystem „Da Vinci“.

BARBARA FLUCKINGER

WÖRGL. Operiert werden „von“ einem Roboter. Für einige vielleicht undenkbar. Für Besucherinnen und Besucher des jüngsten MeinMed-Vortrages in Kufstein nun wohl durchaus vorstellbar. Sie konnten beim Vortrag „Die robotische Chirurgie: Da Vinci in der Allgemeinchirurgie“ einen Einblick in die Möglichkeiten dieses Operationsroboters gewinnen. Der Vortragende, OA Dr. Olivier Fuchs, operiert seit 2020 mit dem „Da-Vinci-Operationssystem“, das seit demselben Jahr im BKH Kufstein verfügbar ist. Am Donnerstag, den 22. September, erklärte er im Mehrzwecksaal des Kufsteiner Krankenhauses anschaulich und verständlich, wie genau das in den

1980ern in Amerika entwickelte System funktioniert.

Bei „Da Vinci“ handelt es sich genau genommen nicht um einen Roboter, der operiert, sondern um ein assistierendes System, das zu einhundert Prozent vom Chirurgen gesteuert wird. „Da Vinci“ erstellt vor der Operation ein 3D-Bild vom Körper, danach begibt sich der Chirurg an eine Operationskonsole und steuert von dort aus die Operation. „Ich operiere im Körper fast genau so, wie ich es außen bei einer offenen Operation mit den Händen tun würde“, erklärt Fuchs. Die vier Roboterarme, die er von der Konsole aus steuert, sind auf einem Stativ über einem Operationstisch befestigt. Dabei ist der Vergleich mit einem Videospiele nicht weit hergeholt.



Olivier Fuchs sprach beim MeinMed-Vortrag über „Da Vinci“. Foto: Fluckinger

Schließlich arbeitet der Chirurg mit Joysticks, sieben Pedalen an den Füßen und einem Monitor. Dank des Roboters können Chirurgen auch bei schwer zugänglichen Regionen operieren, das mit der Knopflochtechnik – das heißt für den Patienten: kein Schnitt.

**Gassler
Glasklar**



MARKUS GASSLER

Wolfsfreie Zone einzige Lösung

Der Wolf ist ein Thema, das vielen Tirolerinnen und Tirolern unter den Nägeln brennt. Abgesehen von ein paar verkürzten Natur-Romantikern sind sich die meisten einig: Das Raubtier hat bei uns nichts verloren! Dafür ist Tirol mit seinen 12.600 Quadratkilometern, von denen ohnedies nur 12,5 Prozent besiedelbar sind, viel zu klein. Meister Isegrim soll also dort bleiben, wo er herkommt: in Nordamerika und Zentralasien! Da können die Wölfe, die ja Reviere mit einer Fläche von bis zu 2500 Quadratkilometern benötigen, in Ruhe leben.

Mensch und Wolf vertragen sich nämlich nicht. Daher kann es nur ein Entweder-oder geben. Das wussten bereits unsere Vorfahren und haben die großen Beutegreifer aus unserem Land vertrieben. Nicht mit Zäunen und Sendern. Was übrigens auch heute nicht funktionieren wird. Tirol braucht nun rasch eine wolfsfreie Zone. Das geht nicht? Doch, sehr wohl! In Norwegen gibt es bereits wolfsfreie Gebiete. Zum Schutz der Rentiere. Gleiches Recht für alle!

Hinzu kommt der Sicherheitsaspekt. Schon ein Tier alleine kann für einen Menschen gefährlich werden – wenn es die Scheu verloren hat. Immer öfter kommt es zu Sichtungen in Ortsnähe. An ein ganzes Rudel möchte ich gar nicht erst denken. Doch ist das erste Rudel erst einmal gebildet (Wölfe vermehren sich schnell), dann ist es zu spät! Heute sind es noch Schafe, Rinder und Pferde – aber schon morgen kann es ein Mensch sein. Dann will ich aber nicht hören: „Wenn ich das gewusst hätte, dann...“

Der Osttiroler Schafbauer Josef Schett warnt vor einer falschen

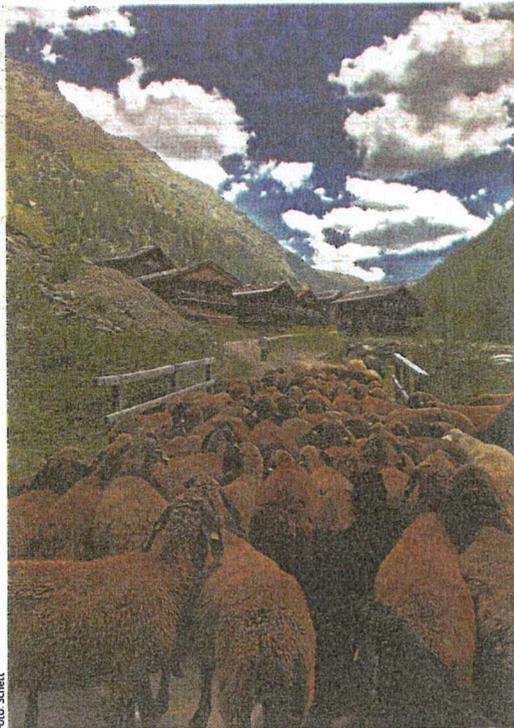
„Nur eine Frage der Zeit,

Seit Generationen betreibt die Familie Schett im Villgratental in Osttirol Land- und Almwirtschaft. Und es ist nicht das erste Mal, dass große Beutegreifer für Probleme sorgen. Ein Problem, das die Vorfahren stets unkompliziert gelöst haben. Wie derzeit mit Wolf, Bär und Co. umgegangen wird, dafür hat Josef Schett – gelinde gesagt – absolut kein Verständnis.

Josef Schett (62) ist ein Landwirt durch und durch. Aus Leidenschaft. Das merkt man bei jedem Satz, den er sagt. Und er liebt seine Tiere. Seine Tiere, das sind 100 Schafe und sechs „Pustertaler Sprinzen“ – eine Rinderrasse, von der es nur mehr 800 Exemplare gibt. Gott sei Dank, denn zwischen dem Ersten und Zweiten Weltkrieg wäre die Spezies fast ausgerottet worden. Durch Zufall hat man Anfang der 90er-Jahre 50 Tiere im Aostatal entdeckt – ein Wiederaufzuchtprogramm wurde gestartet, an dem sich auch Schett beteiligt hat – das nur am Rande.

100 Schafe treibt er Jahr für Jahr auf seine Alm

Seine „große (Tier)liebe“ sind aber seit Jahrzehnten die Schafe. 100 hat er mittlerweile, die er im Sommer Jahr für Jahr auf die haus-eigene „Schlötter Alm“ auf-treibt. Die ständig steigende Anzahl an Wolfswissen – zuletzt am Weerberg, siehe Bericht rechts – bereitet ihm Sorgen. „Es ist nur eine Frage der Zeit, bis wir das erste Rudel im Land haben. Dann ist es aber zu spät. Daher müssen wir jetzt rasch handeln“, sagt Schett im Gespräch mit der „Krone“. Für Tirol komme daher nur eines in Frage: eine wolfsfreie Zone! Die „EU-Ausrede“ unserer Politiker könne



Noch können die Schafe auf die Almen aufgetrieben werden

er schon gar nicht mehr hören: „In Norwegen hat man auch wegen der Rentierzucht eine wolfsfreie Zone geschaffen. Dasselbe brauchen wir für Tirol!“

„Entweder der Wolf oder der Mensch!“

Schützenhilfe bekommt er von Josef Falkner, dem Präsidenten der Tiroler Tourismusvereinigung (TTV): „Es braucht hier eine rasche Lösung. Im Sinne der Landwirtschaft, aber auch des Tourismus. Wer fährt in ein Land auf Urlaub, in dem er Angst haben muss, früher oder später von einem Wolf angefallen zu werden? Hier gibt es kein Miteinander,

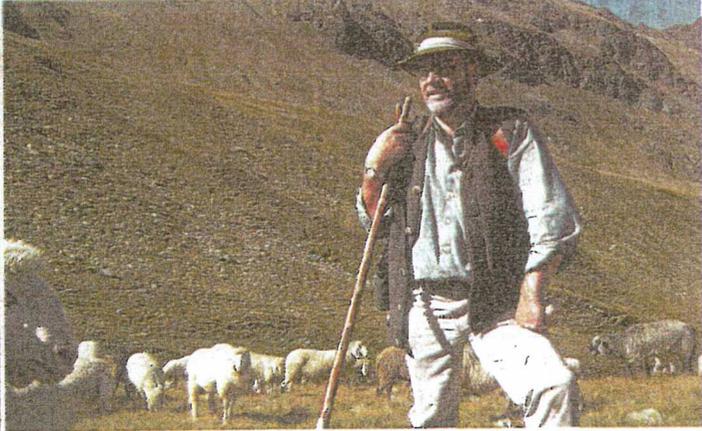
wie einige Tierschützer behaupten. Es gibt nur ein Entweder-oder: Entweder der Wolf oder der Mensch!“

Wolfs-Besonderung sei vom Reich der Fantasien

Über die Vorschläge der Politik können sowohl Schett als auch Falkner nur mehr den Kopf schütteln. „Der beste Vorschlag war jener, dass ich pro gerissenem Tier 300 Meter Herdenschutz-Zaun kostenlos ausleihen kann. Geht's noch?“, kann sich Schett nicht zurückhalten. „Ich halte mir doch keine Schafe, damit sie dann der Wolf frisst.“ Ins Reich der Fantasien siedelt der Osttiroler auch die

Natur-Romantik ➤ Kein Platz für Beutegreifer im Land Tirol ➤ Auch TTV-Chef besorgt

bis sich ein Wolfsrudel bildet!“



Der Osttiroler Josef Schett (links mit Enkelin Sophia) ist ein Schafbauer aus Leidenschaft. Und das schon seit Jahrzehnten.



Wer fährt in ein Land auf Urlaub, in dem er Angst haben muss, früher oder später von einem Wolf angefallen zu werden? Der Wolf muss weg.

Josef Falkner, Präsident der Tiroler Tourismusvereinigung TTV



Foto: Christof Bärnauer

Solche Bilder sind in Tirol leider keine Seltenheit mehr.

Wolfs-Besenderung an – das funktioniere in der Praxis nicht. „Das zeugt von einer gesamthaftern, erschreckenden Unwissenheit naturferner Menschen, die meinen, diese Raubtiere wären mit Haustieren zu vergleichen.“

„Herdenschutzhunde sind ebenfalls problematisch“

Problematisch sind aus seiner Sicht auch Herdenschutzhunde. Schett: „Vom finanziellen Aufwand einmal abgesehen, können Herdenschutzhunde auch für Wanderer gefährlich werden. Der Hund unterscheidet nämlich nicht zwischen Mensch oder Wolf. Beide sind für ihn Eindringlinge.“

Ganz gefährlich sind laut Schett und Falkner jene Romantiker, die gar eine Wiederansiedlung des Wolfs in Tirol fordern. Ihr Argument: die Biodiversität steige dadurch. „Ein Blödsinn. Tatsächlich macht der Wolf die Almwirtschaft unmöglich. Und mit dem Rückgang der Almwirtschaft sinkt auch die Biodiversität. Durch die Rückkehr des Wolfes und den damit verbundenen Rückgang der Almbewirtschaftung wachsen die bisher gepflegten Almflächen zu und die bisherige Vielfalt an Pflanzen und Insekten gehe stark zurück“, betont Schett abschließend. Markus Gassler

Nachdem immer mehr Wölfe zu uns kommen

WWF setzt auf die Hirten

Nach Angaben der Naturschutzorganisation WWF leben rund 45 Wölfe in Österreich. Diese seien „ein wichtiger Teil unserer Natur“, heißt es. Um das Zusammenleben zwischen Beutetieren und Almwirtschaft zu ermöglichen, fordert man daher mehr Unterstützung im Aufbau von Herdenschutz

und eine Wiederbelebung des Hirtenwesens. „Ohne Herdenschutz geht es nicht. Insbesondere Behirtung und Schutzhunde halten im alpinen Raum effektiv Wölfe ab“, glaubt Daniel Mettler von der landwirtschaftlichen Beratungsstelle AGRIDEA. Erste Projekte hätten in Tirol Erfolge gebracht.

Totes Schaf auf einer Weide am Weerberg

Wieder Raubtier-Alarm

Wolf-Alarm am Weerberg! Wie die Behörde gestern mitteilte, wurde auf einer Heimweide ein totes Schaf gemeldet. Nach der amtstierärztlichen Begutachtung besteht der Verdacht auf einen Wolfsriss. Nähere Auskunft soll eine DNA-Untersuchung bringen. Das Land Tirol empfiehlt

Schaf- und Ziegenhaltern, ihre Tiere auf den Weiden mit einem wolfsabweisenden Elektrozaun zu schützen. Zuletzt war etwa in Anras in Osttirol ein Wolf für zwei tote und zehn verwundete Schafe verantwortlich. In Fiss im Bezirk Landeck wurden Anfang Mai Bärenspuren im Schnee nachgewiesen.

TT 22.06.22

Ruf nach Nachbesserung bei Pflegereform

Wien – Pflegeorganisationen, Gewerkschaft und Sozialversicherungsdachverband sehen bei der Pflegereform der Bundesregierung noch Nachbesserungsbedarf: Die zusätzliche Finanzierung sei nicht nachhaltig, sowohl beim Pflegepersonal als auch den pflegenden Angehörigen seien diverse Gruppen von den angekündigten Boni ausgenommen. Anreize dafür, in den Pflegeberuf zu wechseln oder in diesem zu bleiben, liefere das Paket kaum, lautet der Tenor in den Stellungnahmen zu den Gesetzesentwürfen.

Das Paket wurde im Mai

im Ministerrat fixiert, gestern hat die Begutachtungsfrist für die entsprechenden Gesetzesvorlagen geendet. Dass die Regierung das Thema Pflege angegangen ist, wird in den Stellungnahmen einhellig begrüßt, bei der Ausgestaltung allerdings noch Nachbesserungsbedarf gesehen: Die für 2022 und 2023 angekündigten 520 Mio. Euro für Gehaltssteigerungen in Pflegeberufen etwa seien ein wichtiges Zeichen der Anerkennung. Allerdings werde durch die Unterscheidung in Pflege und Betreuung ein Großteil der Sozialbetreuungsberufe und das kom-

plette Personal aus Heimhilfe oder Behindertenarbeit von den Bonuszahlungen ausgeschlossen, kritisieren etwa Diakonie, Volkshilfe, Rotes Kreuz. Der Großteil der Maßnahmen sei zudem auf zwei oder drei Jahre befristet. Die GÖD-Gesundheitsgewerkschaft fordert stattdessen eine „mittelfristige Perspektive“, die Caritas „dauerhafte Änderungen“. Der Dachverband der Sozialversicherungen pocht wiederum darauf, dass Entgelterhöhungen nicht an die Voraussetzung geknüpft sein dürfen, „dass das Pflegepersonal noch mehr leisten muss“.

Das Rote Kreuz erwartet ebenso Probleme bei der Verrechnung der Entgelterhöhungen wie der Verein karitativer Arbeitgeber*innen (VKA), in dem 41 gemeinnützige Organisationen aus dem karitativen und kirchlichen Bereich vertreten sind. Die Gehaltsboni sollten deshalb erst 2023 und 2024 ausbezahlt werden. Die Sozialwirtschaft Österreich als Interessenvertretung von Arbeitgebern im privaten Sozial- und Gesundheitsbereich betont in ihrer Stellungnahme, dass die Träger zu einer Vorfinanzierung der Boni nicht in der Lage sein werden. (APA, TT)



Die Regierung arbeitet an einer Pflegereform. Hilfsorganisationen mahnen eine nachhaltige Lösung ein.

Foto: inago

Wald im Kaisertal wird erneuert

Kufstein – Damit der Waldbestand in Kufstein den Ansprüchen für eine gute Wasserqualität gerecht wird, werden im Kaisertal in den nächsten Jahren mehrere tausend Bäume pro Jahr neu gepflanzt. Immerhin bezieht Kufstein aus dem Naturschutzgebiet das Trinkwasser. Mit verschiedenen Maßnahmen soll der Waldbestand mehr Vitalität, Stabilität und Qualität erreichen. Die Aufforstung startete bereits im September auf der Sonnenseite des Kaisertals.

Aktuell befinden sich auf der so genannten Sonnseite im Quellwald Kaisertal in ers-

ter Linie sehr viele Fichten in Reinbeständen. Dadurch versauert der Boden schneller, was dessen Filterwirkung verschlechtert. Mit den Mischbaumarten Bergahorn, Bergulme, Tanne und Lärche, die lokal vom Landesforstgarten in Bad Häring bezogen werden, wird der aktuelle Waldbestand zu einem klimafitten Laub-Nadelmischwald umgebaut.

Die Stadtwerke und die Sparkasse Kufstein unterstützen die Aufforstungsinitiative im Kaisertal und spenden je 1000 Bäume pro Jahr für den klimafitten Waldbestand. Zusätzlich übernehmen sie die

Arbeits- und Materialkosten für die Waldarbeiten im Zusammenhang mit der Aufforstungsinitiative. (TT)



BM Martin Krumschnabel (vorne) mit Stadtförster Philipp Weninger und Reinhard Waltl (Sparkasse, rechts) beim Pflanzen. Foto: Marco Pircher

VdB im Bezirk Kufstein klar vorne

Der Amtsinhaber konnte sich klar durchsetzen, Rosenkranz wurde Zweiter.

CHRISTOPH KLAUSNER

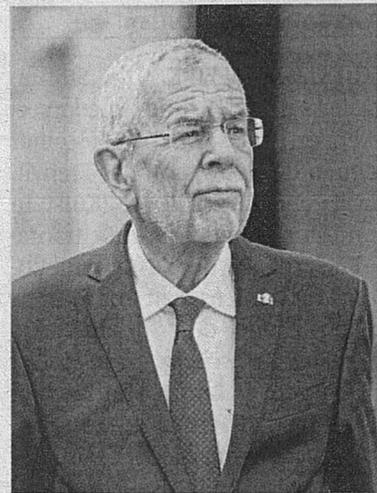
Am Sonntag, den 9. Oktober, fand in Österreich die Bundespräsidentenwahl 2022 statt. Im Bezirk Kufstein haben sich 55,47 Prozent der Wählerinnen und Wähler für den Amtsinhaber und ehemaligen Grünen-Chef Alexander Van der Bellen entschieden. FPÖ-Kandidat Walter Rosenkranz konnte 19,51 Prozent der Stimmen holen. Tassilo Wallentin liegt mit 8,91 Prozent auf Rang 3. Dominik Wlazny schaffte 7,41 Prozent, gefolgt von Gerald Grosz mit 5,22 Prozent. Michael Brunner (2,14 Prozent) und Heinrich Staudinger (1,34 Prozent) konnten im Bezirk Kufstein am wenigsten überzeugen. Die Wahlbeteiligung liegt bei 45,25 Prozent – das sind 34.879 von 77.077 wahlberechtigten Personen.

Erste politische Reaktionen

Die Grünen im Bezirk Kufstein sind erleichtert, dass Alexander

Van der Bellen trotz der vielen Mitbewerber auf Anhieb wieder als Bundespräsident bestätigt wurde.

„Die Bevölkerung hat offensichtlich honoriert, dass er uns trotz internationaler Krisen und großer innenpolitischer Turbulenzen immer ruhig und besonnen durch seine erste Amtszeit geführt hat. Van der Bellen wird in den nächsten Jahren wieder ein verlässlicher und überparteilicher Hüter unserer Verfassung sein und den Staat Österreich dank seines hohen Ansehens auf internationaler Ebene sehr gut repräsentieren,“ kommentiert Grünen-Bezirksobfrau Iris Kahn das aus ihrer Sicht erfreuliche Ergebnis. FPÖ-Bezirksobmann Andreas Gang: „Ich gratuliere Herrn Dr. Van der Bellen zum Wahlerfolg. Es ist ungefähr das Ergebnis wie 2016, wo Herr Dr. Van der Bellen gesagt hat, er will ein Präsident für alle Österreicher sein. Das Ergebnis der ersten



Van der Bellen wurde auch im Bezirk Kufstein bestätigt.

Foto: Schöndorfer

Hochrechnung zeigt, es fühlen sich rund 45 Prozent nicht vertreten und das sollte unser alter und neuer Bundespräsident mitnehmen und an sich arbeiten, damit er zukünftig auch diesen Teil der Bevölkerung erreicht und wie versprochen vertritt.“

TVB misst Besucherfrequenz

Neue Zählanlage erfasst Besucher zwischen Brentenjoch- und Steinbergalm.

CHRISTOPH KLAUSNER

KUFSTEIN. Das Programm „Bergwelt Tirol – Miteinander Erleben“ stellte am vergangenen Wochenende gemeinsam mit dem TVB Kufsteinerland eine vollautomatische Zählanlage am Kufsteiner Stadtberg auf. Etwa 350 Meter von der Brentenjoch-Alm entfernt Richtung Steinbergalmen steht ab sofort für voraussichtlich ein Jahr eine solarbetriebene Anlage. Mithilfe künstlicher Intelligenz unterscheidet das System die verschiedenen Nutzergruppen und zählt sie. Radfahrer, Wanderer und PKW-Fahrer können differenziert werden, wobei Gesichter und Kennzeichen nicht erkennbar sind. Ziel ist die Erhebung der Frequenz im Bereich Brentenjoch – Steinbergalmen. Nach dem Ende der Sommersaison 2023 werden die Daten ausgewertet. Im Frühjahr 2022 hat der Tourismusverband Kufsteinerland ein Projekt

zum Thema Besuchermanagement im Kaisergebirge initiiert. In den Begehungen vor Ort, einem Workshop und zahlreichen Interviews wurde das hohe Besucheraufkommen an bestimmten Konfliktpunkten als eine der größten Herausforderungen genannt.

Maßnahmen sollen folgen

Faktenbasiertes Besuchermanagement fußt auf der Kenntnis der Besucherfrequenzen. Nur durch diese fundierte Datengrundlage können langfristig entsprechende Maßnahmen gesetzt werden. Markus Wallner von der Bezirksforstinspektion Kufstein freut sich über das Engagement: „Die erhobenen Zahlen werden uns helfen, konkrete Maßnahmen zu setzen, um bestehende Nutzungskonflikte anzugehen. Die konstruktive Teilnahme sämtlicher Interessensgruppen ist sehr erfreulich. Der Tourismusverband und alle beim Projekt Beteiligten



Die Projektbeteiligten freuen sich über die neue Zählanlage.

Foto: TVB

machen damit einen Schritt hin zu nachhaltiger touristischer Naturnutzung im Naturschutzgebiet Kaisergebirge.“ Deshalb sollen im Rahmen des Projektes noch weitere Schritte gesetzt, Arbeitsgruppen gebildet und so die Zusammenarbeit zwischen den Interessensgruppen weiter gestärkt werden.

Bauern starteten Mahnfeuer

Mahnfeuer „Alm ohne Wolf“: Bauernbund spricht von gelungener Aktion.

BARBARA FLUCKINGER

BEZIRK. Ortsgruppen des Bauernbundes aus Niederndorferberg, Kramsach und Breitenbach starteten am Freitag, den 30. September, Mahnfeuer gegen den Wolf und beteiligten sich an einem europaweiten Mahnfeuer. In ganz Tirol waren es 25 Ortsgruppen, die mitmachten.

Ziel der Aktion sei es, die Bevölkerung für praxistaugliche Möglichkeiten zum legalen Abschuss von Raubtieren zu sensibilisieren, erklärte der Bauernbund in einer Aussendung. Im Almsommer kam es in Tirol zu vielen Rissen durch das Raubtier Wolf. Mancherorts waren herbe Verluste an Schafen zu verzeichnen und einige Almbauern mussten ihre Tiere bereits im Sommer zum Schutz von der Alm ins Tal holen. Auch im Bezirk kam es erst im August 2022 im Almgebiet beim Sonnloch in der Wildschönau (Bezirks-

grenze zu Kitzbühel/Hopfgarten) zu einem Wolfsriss, der elf tote Schafe zur Folge hatte.

Über eine gelungene Aktion freut sich Josef Lanzinger, Obmann des Tiroler Almwirtschaftsvereins. „Damit haben wir auch in Tirol ein wichtiges Zeichen gesetzt“, so Lanzinger. Weidehaltung auf Hochalmen und Großraubtiere würden sich einfach nicht vertragen, das müsse man akzeptieren. „Fast jeder Bezirk in Tirol war bei dieser Aktion beteiligt und die Mahnfeuer sind sehr aufwendig. Das zeigt, dass die Almbauern trotz aller Widrigkeiten nicht aufgeben wollen. Nur mit einem praktikablen Wolfsmanagement können die heimische Alm- und Landwirtschaft und die Versorgung mit heimischen Lebensmitteln fester Bestandteil unseres Landes bleiben“, so Lanzinger weiter.

Das Problem werde langsam auch für die ganze Bevölkerung sichtbar, betonte Bezirksbauernob-



Kürzlich wurden Mahnfeuer entzündet, wie hier in Kramsach.

Foto: TB

mann Michael Jäger. „Erste Almen werden bereits nicht mehr bestoßen. Fehlen dort die Weidetiere, verwildert die Kulturlandschaft. Die Region verliert an Attraktivität für Erholungssuchende und die Gefahr von Vermurungen, Lawinen und Erosion nehmen zu. Deswegen braucht es ein klares Bekenntnis zur heimischen Alm- und Weidewirtschaft und deswegen waren diese Zeichen der Mahnfeuer auch so wichtig“, so Jäger.

Biologe Marcel Züger, Schweiz: Artenschutz darf nicht allein für den Wolf gelten

Wölfe sind in unsere Kulturlandschaft nicht integrierbar



Marcel Züger ist Biologe im schweizerischen Graubünden. Als sich die ersten Wölfe in einer Heimat wieder angesiedelt hatten, dachte er sich darüber. „Ich war ein Schützer des Wolfes“, sagt er. Mittlerweile haben sich seine Ansichten geändert und kürzlich hat er vor der Tiroler Landesregierung zum Thema Wölfe in der Schweiz – Lehren für Tirol“ referiert.

Dr. Josef Geisler ist begeistert von Züglers Meinungsumschwung und meinte im Rahmen seines Besuchs in Hopfgarten, dass man daraus lernen kann und man handeln müsse. Die Berglandschaft zu pflegen ist auch ohne Wolf eine große Aufgabe“, ist Zügler überzeugt und er ist gerne bereit, seine Erfahrungen telefonisch mit unserer Redaktion zu teilen. Die allgemeine Ansicht, dass der Wolf die Begegnung mit dem Menschen meiden würde, ist überholt und hat keine Gültigkeit mehr. Leider wird das 1978 erschienene Buch „Der Wolf – Mythos und Verhalten“ von Erik Zimen noch immer zitiert, obwohl sich die Grundlagen von damals deutlich verändert haben. In unseren Regionen wurde der Wolf damals gejagt und ausgerottet und

Zimen hat im Osten Europas geforscht, wo die Bedingungen für Wölfe gänzlich anders waren. Noch 1997 sagte Marcel Züger: „Wir sollten dem Wolf eine würdige Rückkehr in seine alte Heimat ermöglichen.“ Mittlerweile bezeichnet er sein damaliges Ansinnen als Mission Impossible.

Mehr Risse am Tag

2011 gab es in Graubünden 11 Wölfe, 2012 wurden erste Welpen gesichtet und dann ging die Zahl der Wolfspopulation steil bergauf. Anfangs hat das mit dem sehr aufwendigen Herdenschutz gut funktioniert. Dann hat sich der Wolfs-Bestand deutlich erhöht und das Verhalten der Wölfe geändert. „Der Herdenschutz funktioniert nicht mehr“, erklärt Züger. Wölfe sind nicht nur Spitzensportler, die bis zu 60 km/h laufen, sie sind auch exakte Beobachter. Wenn die Herde nachts bewacht wird, dann vermehren sich eben die Risse untertags. Zügler vermutet, dass es das soziale Verhalten innerhalb eines Rudels ist, das den Wolf den Menschen so sympathisch macht. In der freien Natur werden 50 Prozent der Welpen die ersten drei Monate getötet, umgerechnet auf das

erste Jahr sind es 75 Prozent. In unseren Regionen ist das nicht so. Es ist genügend Futter vorhanden und die natürlichen Feinde, welche die Wölfe bei der Jagd verletzen könnten, gibt es hierzulande nicht.

Almwirtschaft nur ohne Wolf

Europa war in den vergangenen Jahrzehnten wolfsfrei und das ist der einzige Grund, warum hier die typische Almwirtschaft, die heute ein wichtiger Zweig der Landwirtschaft und des Tourismus ist, überhaupt entstehen konnte. Das typische Urlaubsbild ist kein Naturbild, sondern eine Kulturlandschaft, die sich nur durch das Almvieh so entwickeln konnte, weil die Almen nicht zuwachsen.

„In den großen Städten wird die Wolfspolitik diktiert, von Leuten, die nicht wissen, was los ist“, sagt Zügler. Über allem steht die Berner Konvention, die den Wolf streng unter Schutz stellt. Dabei gibt es derart große Populationen in Europa, dass dies keinesfalls mehr erforderlich ist. Die Berglagen der Alpen sind Vorratsgebiete vieler Arten von Tieren und Pflanzen und deshalb ist es manchmal besser, wenn man eine Art zurücknimmt, um etwas anderes zu schützen. 2014 hat die Schweiz Förderungen geschaffen, damit die Bauern wieder mehr Tiere auf die Almen treiben, damit nicht alles zuwächst.

Nun ist es an der Zeit die Wölfe zu entnehmen, doch, auch wenn dies in der Schweiz auch gesetzlich vorgesehen ist, sind die behördlichen Hürden groß und dauern Monate. Die Kosten pro Wolf kosten der Schweiz 100.000 Franken im Jahr. Zügler fordert daher, dass die Wölfe auch mit Nachtsichtgeräten bejagt werden dürfen. „Man muss ehrlich sein. Wölfe sind in der mitteleuropäischen Kulturlandschaft nicht mehr integrierbar“, ist Zügler überzeugt.

-be-



Herdenschutzhunde sind wie Zäune, Esel und Lamas nicht geeignet. Eine Hunderasse die Wölfen entgegentritt, ist auch für Wanderer eine Gefahr.



Das Mahnfeuer der Niederndorferberger Bauern

Fotos: Privat/Thrainer

„Schmerz ist nicht gleich Schmerz“

Experte erklärt beim MeinMed-Vortrag, wie Schmerztherapie funktioniert.

BARBARA FLUCKINGER

KUFSTEIN. Was Schmerz ist und was man dagegen tun kann, erklärte Univ.-Doz. Dr. Mathias Ströhle, Primar der Anästhesie und Intensivmedizin, beim jüngsten MeinMed-Vortrag am Donnerstag, den 13. Oktober, im BKH Kufstein.

Schmerz ist dabei in erster Linie ein Warnsignal, es gibt jedoch verschiedene Arten von Schmerz. So kann dieser unter anderem in akuten und chronischen Schmerz unterteilt werden. „Schmerz ist nicht gleich Schmerz“, betont Ströhle in seinem Vortrag. Deswegen sei es auch wichtig, für die Behandlung zu wissen, um welchen es sich handle. „Es ist die große Kunst für den Schmerztherapeuten herauszufinden, welcher Schmerz es ist“, so Ströhle. Schmerz gelangt über das zentrale Nervensystem zu den Re-



Prim. Univ.-Doz. Dr. Mathias Ströhle sprach beim MeinMed-Vortragsabend im Krankenhaus Kufstein über das Thema Schmerztherapie. Barbara Fluckinger

aktionszentren des Körpers. Bei der Schmerzverarbeitung und -wahrnehmung spielen auch spezielle Botenstoffe eine Rolle.

Therapie ist individuell

Dabei versucht man heute, die Schmerztherapie für den Patienten so individuell wie möglich zu gestalten. Die Bandbreite des

Themas Schmerztherapie sei heutzutage riesengroß, betont Ströhle hinsichtlich der Behandlungsmöglichkeiten – angefangen von der Narkose bis hin zu Schmerztabletten. „Aber vor allem für einen chronischen Schmerzpatienten ist es schon so, dass es etwas Individuelles sein muss“, erklärt Ströhle.

ZUR SACHE

Es gibt Stoffe, die die Rezeptoren hinsichtlich der Wahrnehmung von Schmerz hemmen können. Diese Stoffe gehen in den Rezeptor-Bereich und sorgen dafür, dass „Schmerz“ nicht ins Gehirn weitertransportiert wird. Dabei gibt es verschiedene Arten von Medikamenten bzw. „Analgetika“ – also Arzneistoffe mit schmerzstillender oder -lindernder Wirkung: die nicht-opioiden Analgetika, wie Ibuprofen oder Aspirin, sowie die opioiden Analgetika, wie Morphin. Bei den (weniger starken) nicht-opioiden Analgetika warnt der Experte vor Nebenwirkungen, wie beispielsweise Leberschäden. Auch bei den stärkeren opioiden Analgetika („Opiaten“) warnt Dr. Ströhle vor falscher Verwendung und möglichen Nebenwirkungen oder sogar Abhängigkeiten. Dabei sind sehr starke Opioide 100 bis 1.000 Mal stärker als Morphin. Dank dieser Mittel sind die Rezeptoren im menschlichen Körper beispielsweise während einer Operation so stark gedämpft, dass die Schmerzverarbeitung nicht stattfindet.

Arbeitsmarkt bleibt voller Unsicherheit

Die Entschärfung des Fachkräftemangels sieht Kufsteins neuer AMS-Leiter Florian Krois als große Aufgabe. Er folgt Margit Exenberger nach.

Kufstein – 40 Jahre lang hatte Margit Exenberger den Arbeitsmarkt im Bezirk Kufstein im Blick. 31 Jahre davon als stellvertretende Leiterin bzw. als Leiterin des Arbeitsmarktservice (AMS). Besonders eindrucksvoll war dabei für sie in dieser Zeit die „Entwicklung weg vom Amt zur Servicestelle“ und dass es „mittlerweile ganz viele Angebote an Unterstützung und Förderungen gibt“.

Gestern ging die Ära Margit Exenberger am AMS zu Ende, sie verabschiedete sich in den Ruhestand. Neuer Chef der rund 50 Mitarbeiter ist der Kramsacher Florian Krois. Er arbeitete zuvor in der AMS-Abteilung Berufliche Rehabilitation und sieht als große Herausforderung die „Bewältigung des Fachkräftemangels“.

„Wir haben einen ausgesprochen erholten Arbeitsmarkt nach der Krise, wenn man das aus der Sicht der Arbeitnehmer sieht, die viele Optionen haben und verhandeln können. Wir freuen uns für sie darüber. Die an-

dere Seite ist jedoch die Wirtschaft, die wir auch gut betreuen wollen, die unter dem Mangel an Arbeitskräften stöhnt.“ Das AMS setzt daher auf Ausbildung und Förderung, 9,3 Mio. Euro werden heuer in „arbeitsmarktpolitische Maßnahmen fließen“, sagt Exenberger.

Den Arbeitskräftemangel erklärt sie mit einem Mix aus mehr Pensionsabgängen, längeren Ausbildungszeiten, Ausbleiben der Saisonarbeiter und „dem schnellen Anspringen der Wirtschaft nach der Krise. Alle Betriebe haben dann gleichzeitig Kräfte gesucht“, so Exenberger. Zudem gibt es bei den Arbeitenden auch einen Trend zum Reduzieren der Arbeitsstunden. Gleichzeitig sind immerhin bereits 51.000 Personen beschäftigt, um 2000 mehr als vor dem Krisenjahr 2019, die Arbeitslosenquote liegt bei rund 3,6 Prozent. Wie es in der Zukunft weitergehen wird, sei aber nur schwer zu sagen. „Es gibt sehr viel Unsicherheit am Arbeitsmarkt“, sagt Krois. (wo)



Blumen für die scheidende AMS-Leiterin Margit Exenberger (l.) von Nachfolger Florian Krois und seiner Stellvertreterin Michaela Zaglacher. Foto: Otter

TT 21. Okt
2022

KUFSTEINBLICK 27. OKT. 2022

Ebbser Bauernmarkt im November

Am Samstag, 5. November findet von 9 bis 13 Uhr der Ebbser Bauernmarkt am Vorplatz des Kindergartens Ebbs statt. Von Speck, Käse, Fisch, Brot, Schnaps, Salat, Honig, Marmelade bis hin zu Dekoartikel usw. reicht das Angebot für die Besucher. Neben dem gewohnten Sortiment gibt es auch verschiedenste Produkte von der Ziege, Dekoartikel aus Holz und Ton, Einlagerungskartoffeln, Kürbis, Toggeln und selbstgestrickte Socken von

Kathi Thaler aus der Wildschönau. Die Jungbauernschaft/Landjugend Ebbs ist mit einem Stand dabei und verkauft den gepressten Apfelsaft aus dem vor kurzem stattgefundenen Sozialprojekt, die Einnahmen kommen einer notgeratenen Familie in Ebbs zugute.

Die Jungbauernschaft/Landjugend Buchberg verköstigt die Besucher mit Pressknödel mit Suppe oder Kraut sowie Kaffee und Kuchen. Für musikalische Unterhaltung ist gesorgt.



Genießen Sie den Tag am Ebbser Bauernmarkt. Foto: Gemeinde Ebbs

Ein „Fäaschtival“ des Erntedankes

Landjugend und Jungbauern des Bezirkes luden zu Fest und Umzug.

BARBARA FLUCKINGER

KUFSTEIN/EBBS. Die Jungbauernschaft und Landjugend im Bezirk Kufstein luden am vergangenen Wochenende zu zwei Veranstaltungen. Am Freitag, den 21. Oktober, fand am Hödnerhof in Ebbs das „Fäaschtival“ mit dem „Fäaschtbänkler“ aus der Schweiz statt. Die Veranstaltung war bereits im Vorfeld ausverkauft. Mehr als 1.500 Besucher aus dem In- und Ausland ließen sich das Konzerterlebnis mit der Schweizer Band der Neuen Volksmusik nicht entgehen. Am Sonntag, den 23. Oktober, luden die Jungbauern und die Landjugend zum Landesempfang mit Festgottesdienst. Im Anschluss fand dann ein großer Erntedankumzug durch Kufstein statt (Fotos und Info dazu gibt's hier). Beim traditionellen Umzug waren fünf Musikkapellen und 32 geschmückte Festwägen dabei, wobei jeder Ort ein Motto be-



Die „Fäaschtbänkler“ aus der Schweiz heizten den Besucherinnen und Besuchern am Hödnerhof in Ebbs kräftig ein.

Foto: Flückinger

kommen hatte, wie zum Beispiel alte Handwerkskunst, Käse- oder Brotbacken, und dies veranschaulichte. Rund 700 Personen, bestehend aus Funktionären und Mitgliedern des Bezirkes, nahmen daran teil. Anschließend wurden alle Umzugs-Teilnehmer und Besucher mit kostenlosen Bussen nach Ebbs gebracht, wo das Stadt-Land-Fest in der Hödnerhof Arena in Ebbs stattfand. Für eine musikalische Umarmung sorgten die

„Juhe“ aus Tirol.

„Dieses Wochenende ist der Höhepunkt unserer dreijährigen Periode, in der wir sehr viel Zeit in unserer Freizeit investierten. In unseren Augen ist es auch sehr wichtig, dass die Veranstaltung in einer Stadt stattfindet, um dieser die Ländlichkeit und Traditionen näherzubringen“, erklärt die JB/LJ Bezirk Kufstein. Besonders in Zeiten wie diesen sei es wichtig, „(Ernte)Danke“ zu sagen.

Kufsteinerland will

„glück.tage“ werden 2023 regionaler, Veranstalter wollen Format ausweiten und auch jüngeres Publikum.

BARBARA FLUCKINGER

KUFSTEIN. Neues Jahr, neues Glück. Das Kufsteinerland setzt gemeinsam mit der Stadt Kufstein auch 2023 auf die Veranstaltungsreihe „glück.tage“. Die Kuratoren Birgit Enk und Hannes Treichl wollen dabei das Kernformat erweitern und die siebten „glück.tage“ regionaler sowie mit neuen Formaten abwechslungsreicher gestalten. Zudem sollen die „glück.tage“ auf sechs Tage ausgedehnt werden.

„Ich glaube, dass das ein Meilenstein wird. Wir haben einiges vor und wir werden einiges verändern“, erklärt der Obmann des Tourismusverbandes (TVB) Kuf-

steinerland Georg Hörhager bei der Programm-Präsentation.

Das Budget des Tourismusverbandes Kufsteinerland liegt dabei 2023 bei rund 45.000 Euro. Hinzu kommen 10.000 Euro an Subvention durch die Stadt Kufstein. Ziel der Veranstalter ist es, vor allem auch ein jüngeres und breiteres Publikum anzusprechen. Die Kernabende von Donnerstag bis Samstag sollen bleiben, aber: „Es soll generell ein wenig bunter werden“, erklärt Kuratorin Birgit Enk.

Unternehmer macht Auftakt

Zum Kernprogramm im Jahr 2023 gehört Bodo Janssen, der bei der siebten Ausgabe des Formats mit seinem Vortrag im Festspielhaus Erl am Donnerstag, den 4. Mai, den Auftakt machen wird. Janssen ist Unternehmer, Buchautor und Geschäftsführer von über siebzig Hotels mit mehr als 800 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern,

der nach einer katastrophalen Mitarbeiterumfrage im Jahr 2010 einen drastischen Kurswechsel hinsichtlich der Unternehmensführung wagte. Darüber wird er im Vortrag „Der Upstalsboom Weg“ sprechen.

Ihm folgt am Freitag „Thorsten Otto & Friends“ – die Stimme des Bayerischen Rundfunks wird im Passionsspielhaus Thiersee in einen Interviewtalk mit regionalen „glück.botschafter:innen“ gehen. Dabei handelt es sich dieses Mal um zwei weibliche Gäste. Darüber, wer diese beiden sind, hält man sich seitens der Kuratoren aber noch bedeckt.

Dominik Fulberg, seines Zeichens Buchautor, Ökologe und DJ zugleich, wird dann am Samstag mit drei Aktivitäten begeistern. Zusätzlich zu einer Führung in der Natur gibt es einen Vortrag am Abend sowie im Anschluss ein Live-DJ-Set im Kufsteiner Kultur Quartier.

MEINBEZIRK.AT/KUFSTEIN

regionaleres Glück

Regionalere „glück.tage“

Die Veranstalter wollen dabei in der Programmzusammenstellung auch den „Tiroler Weg“ beschreiten und die drei Sparten Ökologie, Ökonomie und Gesellschaft abdecken. Auch die Regionalität spielt 2023 eine größere Rolle, das Fest wird über sechs Tage in der Region „verankert“. „Wir sind der Meinung, dass wir ganz spannende Impulse und Menschen hier in der Region haben, denen wir auch die ‚glück.tage‘ als Bühne bieten möchten, um ein wenig nahbarere Botschaften zu transportieren“, erklärt Birgit Enk. So wird mit Monika Egger vom „Yoga Raum“ wieder ein „regionales“ Gesicht der „Kopf“ des „glück.tage“-Festivals sein. Beim Side-Event Rauchzeichen sind ebenfalls regionale Unternehmer dabei, weitere regionale Partner sind Victoria Fahringer und das Buchcafé Lippott. Darüber hinaus sei man derzeit noch auf der

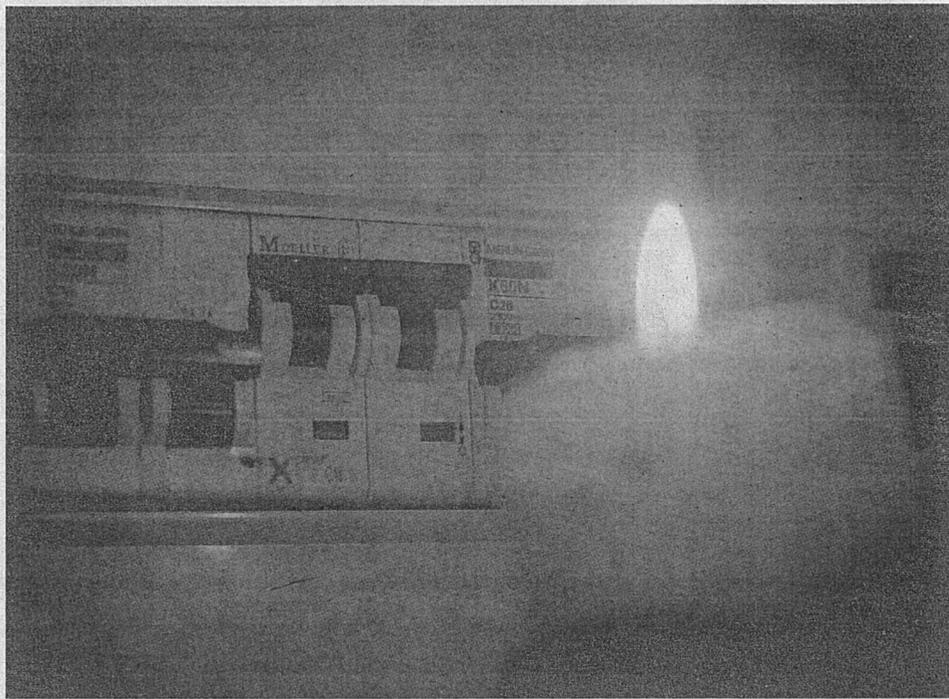


Georg Hörhager, Obmann des TVB-Kufsteinerlandes, präsentierte gemeinsam mit Kuratorin Birgit Enk das Programm für die „glück.tage“ 2023. Foto: Fluckinger

Suche nach weiteren regionalen Unternehmen, die sich an einem Side-Event beteiligen wollen, erklären die Veranstalter. Man wolle „aktiv aktivieren“ und herausfinden, welche „spannenden Menschen“ es in der Region gebe. Der frühere Hauptkurator und Ideengeber Thomas Weninger, der vor der jüngsten „glück.tage“-Auflage „unter Protest“ bei der

Programmvorstellung nicht anwesend war, ist 2023 nicht mehr an Bord und hat sich zurückgezogen. Die frühere Kuratorin Brigitte Weninger ist bei der Organisation der Side-Events nach wie vor involviert. Was die Kartenpreise betrifft, habe man sich bei der kommenden Ausgabe für moderate und günstigere Preise entschieden, so die Veranstalter.

Bezirk und Stadt Kufstein rüsten sich für ein Blackout



Wenn der Strom längere Zeit ausfällt, sollten nicht nur Haushalte vorgesorgt haben, sondern auch die Kommunen. In Kufstein hat man mit neuen Aggregaten vorgesorgt.

Foto: imago/chromorange

Zell und Innpark ohne Notstromversorgung. Lediglich das Krankenhaus und das Blaulichtzentrum sind entsprechend ausgerüstet. Wichtig sei auch, notstromversorgte Gebäude als „Leuchttürme“ bzw. Anlaufstellen zur Verfügung zu stellen.

Den ersten Schritt mit der Notstromversorgung machen nun die Wohnheime und die Sportarena als mögliche Anlaufstellen für die Bevölkerung.

Dabei stand die Kommunalpolitik vor einem weiteren Problem: Wie dem Bericht an den Gemeinderat zu entnehmen ist, wird aufgrund der Nachfrage die Lieferzeit von Aggregaten immer länger. Daher sei es „ein Glücksfall“, wie Bürgermeister Martin Krumschnabel sagte, dass man noch Aggregate bestellen kann. 183.000 Euro fallen für Geräte und die notwendigen Arbeiten an. Die Kos-

ten, abzüglich einer Landesförderung von 50.000 Euro, werden von den Stadtwerken vorfinanziert und dann innerhalb von fünf Jahren aus der Stadtkasse abgestottert. Die Aggregate laufen so lange, wie Treibstoff zur Verfügung steht. Immerhin hat die Stadt laut BM Krumschnabel 200.000 Liter Diesel gelagert. Mit jedem Aggregat soll dieses Lager nun erweitert werden.

Wo steht was noch zur Verfügung, wenn der Strom ausgeht? Eine Frage, der die Gemeinden im Bezirk Kufstein nachgehen.

Von Wolfgang Otter

Kufstein – „Stell dir vor, es geht das Licht aus. Sag, was würdest du dann tun?“ – so lautet der Text eines alten Schlagers von Hans Lang und Erich Meder aus dem bekannten Film der Fünfzigerjahre „Hallo Dienstmann“ mit Paul Hörbiger. Damals, in der Nachkriegszeit, waren Stromausfälle nichts Besonderes, sondern standen auf der Tagesordnung. Mittlerweile ist es jedoch jeder gewohnt, den-Schalter zu betätigen und der Strom fließt, die Lampe leuchtet oder das Handy wird aufgeladen und TV-Geräte sowie Computer laufen. Was aber, wenn es zu einem Zusammenbruch des Stromnetzes kommt, es also ein so genanntes Blackout gibt?

Eine Frage, mit der sich Kufsteins Bezirkshauptmann Christoph Platzgummer gemeinsam mit

Vertretern aller Blaulichtorganisationen und letztlich auch der Bürgermeister bereits intensiv beschäftigt. Letztlich ginge es um das Zusammentragen vieler einzelner Informationen auf verschiedenen Ebenen, erklärt der Bezirkshauptmann. Dazu gehört zu wissen, wo Tankstellen mit einer Notstromversorgung zur Verfügung stehen, oder die Frage, wo die Gemeinden Anlaufstellen anbieten können, an denen Bürger Informationen erhalten. Immerhin dürfe man nicht vergessen, dass auch die Kommunikation über Telefon zusammenbrechen würde.

Fragen, denen sich auch der Kufsteiner Gemeinderat stellte. Bei einer Sitzung der Gemeindeeinsatzleitung wurden die Auswirkungen auf die zweitgrößte Stadt Tirols besprochen. So wären die beiden Seniorenheime

KUFSTEINBLICK 3. NOV. 2022

€ 10.000,- für Ausbildungsstipendium Pflegefachassistenz am BKH Kufstein

Gute Nachrichten gibt es für ausgebildete Pflegefachassistenten des Pflege Campus Kufstein. Der Gemeindeverband fördert das Bachelor-Studium Gesundheits- und Krankenpflege mittels € 10.000,- Stipendium.

Seit September vergibt das BKH Kufstein eine Prämie für die Weiterbildung im Pflegeberuf. Ausgebildete Pflegefachassistenten, die die Ausbildung in Kufstein absolviert haben und in das dritte Semester des Studiengangs „Gesundheits- und Krankenpflege“ der Fhg einsteigen, erhalten ab Eintritt in den Studiengang einen monatlichen Zuschuss. Insgesamt werden € 10.000,- für die Dauer der Ausbildung (zwei Jahre) ausbezahlt. Die-
• soll einen finanziellen An-

reiz für die Ausbildung zur Pflegefachassistenz und der Weiterqualifizierung an der Fhg ohne Matura darstellen. Ziel der Pflegeausbildungsprämie ist die Abdeckung des qualitativen und quantitativen Arbeitskräftebedarfes im Gesundheits- und Sozialbereich und damit die Sicherstellung der Gesundheitsversorgung, Pflege und Betreuung der Bevölkerung.

Voraussetzungen

Neben der Absolvierung der Pflegefachassistentenausbildung am Pflege Campus Kufstein (zwei Jahre) ist die Erfüllung der Einstiegsriterien der Fhg durch zwei Englisch-Klausuren und einem Aufsatz im Fach Deutsch, sowie der fachlichen Übertrittsprüfung notwendig. Weitere Infos unter www.pflege-campus.at/ausbildung

TVB Kufsteinerland Vollversammlung mit Knalleffekt am Schluss

Obmann Georg Hörhager bedankte sich gleich zu Beginn der Jahreshauptversammlung des TVB Kufsteinerland am Donnerstag, 17. November, Sabine Mair, dass sie den Posten als Geschäftsführer übernommen hat. Der bisherige



Hotelier Thomas Sappl forderte einen Mehrwert für die angekündigten Beitragserhöhungen.

Geschäftsführer André Lomsky hatte nach nur 9 Monaten im Amt überraschend seinen Rückzug bekanntgegeben. Stolz zeigte sich Hörhager, dass man sich bei der Bewerbung für die Ausrichtung des Destinationscamps 2023, dem führenden Branchenevent im deutschsprachigen Tourismus, gegen größere Mitbewerber durchsetzen konnte. Vom 9. bis 12. Mai werden 300 bis 400 Entscheidungsträger aus der Branche für einen offenen Diskurs nach Kufstein kommen.

Finanziell gut durch die Coronazeit

Auch finanziell ist man gut durch die Coronazeit gekommen: „Wir haben keine zusätzlichen Kredite benötigt



V. l.: TVB Kufsteinerland Geschäftsführerin Sabine Mair und Obmann Georg Hohenauer bei der Jahreshauptversammlung. **Fotos:** Pierzinger

und haben sparsam gearbeitet. Deshalb müssen wir jetzt nichts zurückzahlen und können sofort mit dem Geld arbeiten“, so Hörhager.

Etwas kurios lief die Abstimmung zur Mitgliedschaft zu Kufstein Mobil ab, da nur die Positiv-Stimmen der anwesenden Mitglieder gezählt wurden.

Erhöhungen angekündigt

Erst zum Schluss der Veranstaltung sorgte eine Mitteilung des Obmannes für Raunen im Saal: Ab 1. Jänner 2024 soll die Ortskurtaxe von € 2.- auf € 3.- erhöht werden, außerdem der Promillesatz von 11 auf 13 erhöht werden. Beschlossen werden sollen die neuen Sätze bei der Vollversammlung 2023. „Hier kommen erhebliche Kosten auf uns zu, deshalb muss es auch einen Mehrwert geben, dass das durchgeht“, merkte Thomas Sappl daraufhin an, „... wir Hoteliers sind noch nicht so geflasht, ich hoffe das kommt noch.“ Hörhager versuchte zu beruhigen: „Alle Informationen dazu werden bis spätestens Mitte nächsten Jahres bekanntgegeben.“

Sappl brachte noch zwei weitere Ideen zur Diskussion:

Einen Winterbetrieb des Kaiserlifltes sowie eine Fusion mit dem TVB Wilder Kaiser. Beiden Vorschläge will sich Hörhager annehmen und Gespräche führen. Sabine Mair gab noch einen kurzen Überblick darüber, das schon länger mit den benachbarten Tourismusverbänden zusammengearbeitet wird und dies in der Coronazeit nochmals verstärkt wurde. Angeregt wurde zudem, dass der TVB ähnlich wie in anderen Tourismusgebieten auch das Thema Mitarbeiter angehen soll.

Höcka

angetrocknetes Gras zu einem „Höcker“ angehäuft

A de Höcka hod's dreikreng, laz miss ma boat'n bis wieda Scheaweda weascht.

Aus dem Buch „Wia ma frira gsogg hod“ von der Mundartgruppe Angath



Insa Sappl

Blackout-Vorbereitungen in der Region KUUSK

Auf dem Podium v. l.: Elmar Rizzoli (Land Tirol), Johanna Ullrich (SBA Research), Anja Klauzer (SBA Research) sowie Martin Krumschnabel (Bgm. Kufstein)
Foto: Regionalmanagement KUUSK



Kürzlich präsentierte die Klima- und Energiemodellregion KUUSK gemeinsam mit der Stadtgemeinde Kufstein beim Info-Abend „Blackout“ die Ergebnisse der Blackout-Szenarien für die Region Kufstein und Umgebung, Untere Schranne-Kaiserwinkl (KUUSK). Elmar Rizzoli, Leiter der Gruppe Tiroler Zentrum für Krisen- und Katastrophenmanagement, und Kufsteins Bgm. Martin Krumschnabel gaben Einblick in die aktuellen Blackout-Maßnahmen auf Landes- und Gemeindeebene.

Im April startete das Forschungsinstitut SBA Research, im Auftrag des Regionalmanagements KUUSK, den aktuellen Stand der Blackout-Vorbereitungen in der Region zu erheben und daraus Handlungsempfehlungen abzuleiten.

Im Rahmen der Erhebung, in dem ein breites Spektrum an Stakeholdern miteinbezogen wurde, konnte eine zentrale Er-

hebung erlangt werden: Die lokalen Akteure in der Region wie Gemeindevertreter, Feuerwehren, Polizei und Krankenhäuser haben keinen Einfluss auf die Ursachen eines Blackouts. Sie haben allerdings eine maßgebliche Rolle für den Umgang mit den Folgen eines Blackouts und können diese bei guter Vorbereitung mildern. Deshalb empfiehlt sich die Entwicklung von Katastrophenplänen in den potentiellen betroffenen Organisationen und deren regelmäßige Übung in Planspielen.

Auf Landesebene wurden bereits einige Blackout-Maßnahmen getroffen. So werden zahlreiche Landesgebäude mit Notstrom versorgt, um die Führungsfähigkeit aufrecht zu halten. Zudem besteht ein Einsatzkonzept für Tirol, das die Kommunikation über die normalen Funknetze hinaus für die Einsatzorganisationen aufrecht hält und Notfallmeldestellen sowie Einsatzzentren in den Gemeinden vorsieht. Die

Treibstoffversorgung der Einsatzorganisationen wird im Falle eines Blackouts durch Landestankstellen gewährleistet, bzw. dezentral zur Versorgung von Feuerwehr und Krankenhäusern.

„Ein weiterer zentraler Punkt ist eine möglichst eigenständige Versorgung der Bevölkerung“, betont Johanna Ullrich vom Forschungsinstitut SBA Research. „Dadurch können die Einsatzorganisationen entlastet werden, um ihren eigentlichen Kernaufgaben unter den sowie so erschwerten Bedingungen eines Blackouts zu erfüllen.“

Die Stadtgemeinde Kufstein geht in diesem Bereich mit gutem Beispiel voran. In Kürze wird ein Blackout-Flyer allen Kufsteiner Bürgern per Postwurf zugesendet, um die Bevölkerung über mögliche Vorbereitungen zu informieren. Zudem wurden vor Kurzem drei Notstromaggregate angeschafft, sodass die Wohnheime Kufstein Zell und Innpark sowie die Sportarena Kufstein im Blackout-Fall als Leuchttürme und Anlaufstellen zur Verfügung stehen.

Krumschnabel gesteht ein, dass man noch am Anfang der Entwicklung ist und jeder noch wesentlich mehr beitragen muss. „Man müsste sich wie für einen 14 Tage Campingurlaub eindecken.“

Das Projekt „Blackout-Szenarien“ wurde mit Mitteln von Bund, Land und EU kofinanziert.

Vorgänge in Psychiatrie haben weiteres Nachspiel

Externe Untersuchung nach verstörenden Videos von Patienten der Psychiatrie am BKH Kufstein ergab keine „strukturellen Defizite“.

Von Wolfgang Otter

Kufstein – Verstörende Videoaufnahmen, in denen wehrlose Patienten verhöhnt werden, das Ganze noch dazu in einer internen Chatgruppe geteilt – diese Vorgänge an der Psychiatrie am Bezirkskrankenhaus Kufstein wurden im Zuge eines Mobbing-Verfahrens am Landesgericht über einen einstigen Pfleger öffentlich und sorgen seither für Aufregung. „Ich war schockiert und muss mich bei Patienten und Angehörigen entschuldigen“, sagt Verbandsobmann Rudi Puecher. Aber die Patientinnen und Patienten seien nicht misshandelt worden, ist er mittlerweile nach internen Untersuchungen überzeugt. Trotzdem dürften derartige Dinge nicht geschehen. Auch die Staatsanwältin hakte die strafrechtliche Seite ab.

Offen sind noch die Anzeige bei der Datenschutzbehörde wegen der Videos seitens des Verbandes und Verfahren vor dem Arbeitsgericht. Für die Mitarbeiter der Abteilung hagelte es Ermahnungen, Schulungen und auch Mediationseinheiten wurden eingeschoben. Zudem musste eine Mitarbeiterin ihren Spind räumen. Der Verband will als weitere Reaktion eine dritte Pflegekraft in der Nacht auf Abruf zur Unterstützung beschäftigen, „um ein durchgehendes Vier-Augen-Prinzip während der Behandlung sicherzustellen“, bekräftigt Puecher.

Offen blieb die Frage, ob es sich nun um menschliches



Im Bezirkskrankenhaus Kufstein sind die Wogen nach dem Bekanntwerden der Videos über Patienten noch immer nicht verebbt. Eine externe Untersuchung nahm jetzt mögliche Strukturfehler unter die Lupe. Foto: O...

Versagen und mangelndes Feingefühl handelt oder Defizite in der Struktur vorliegen. Letzteres verneint der Leiter der Psychiatrie in Hall, Josef Marksteiner, der eine externe Untersuchung auf Einladung durch den Verband durchführte. Dessen Fazit nach vielen Interviews und dem Sichten interner Papiere: „Für die PatientInnen wird in Kufstein eine adäquate und effiziente Diagnostik, Behandlung, Betreuung und Beratung gewährleistet“, schreibt der Arzt in seinem Bericht, den er mit der Empfehlung nach dem Ausbau des Angebots im stationären und ambulanten Bereich schließt.

Damit spricht Marksteiner Puecher aus dem Herzen. Ein entsprechender Plan für die Erweiterung des gesamten Hauses liegt seit Jahren in der Schublade. Nach Schätzun-

gen kostet der Ausbau 100 Mio. Euro. „25 Millionen entfallen auf die Gemeinden“, erklärt Puecher, um anzumerken: „Das Geld ist nicht da.“ Derzeit müssen die Verbandsgemeinden an die 7,8 Mio. Euro jährlich zuschießen. Durch die Entwicklung der Kosten für Personal und Energie könnten nun ohne-

dies zusätzliche 17 Mio. jährlich dazukommen. Ohne eine ordentliche Finanzspritze seitens des Landes wird es also ohnedies nicht mehr weitergehen. „In Kufstein steht ein Schwerpunktkrankenhaus“, erinnert Puecher an die gewünschten Leistungen, die sich in der Unterstützung niederschlagen müssen.

TT 2. DEZ. 2022

TT 02. DEZ 2022

Keine „Defizite“ in Psychiatrie

Kufstein – Keine „Hinweise auf offensichtliche, strukturelle Defizite“ erbrachte eine Untersuchung nach den Vorfällen mit verstörenden Videos von Patienten an der Psychiatrie im Bezirkskrankenhaus Kufstein, die in einer Chatgruppe vom Pflegepersonal geteilt wurden. Eine adäquate und effiziente Betreuung sei gegeben, stellt Univ.-Prof. Josef Marksteiner weiters fest. Der Bericht empfiehlt aber den Ausbau der Station. (TT)

So hat der Bezirk Kufstein gewählt

VP knapp über 34 Prozent, FPÖ konnte im Bezirk Kufstein stark zulegen.

BEZIRK. Auch im Bezirk Kufstein haben sich die Kräfteverhältnisse bei der Landtagswahl verschoben

JAHRESRÜCKBLICK SEPTEMBER

– allerdings weniger stark, als viele Prognosen vorhersagten: Die Anton Mattle Tiroler VP schaffte im Bezirk Kufstein 34,42 Prozent und verlor somit 10,33 Prozentpunkte im Vergleich zu 2018. Zweitstärkste Kraft im Bezirk war die FPÖ mit 22,14 Prozent (2018: 17,51 Prozent). Die „Blauen“ konnten übrigens in allen Gemeinden Zuwächse verzeichnen. Die SPÖ konnte ebenfalls zulegen und erzielte 16,19 Prozent (2018: 15,28 Prozent). Im Gegensatz dazu konnten die Grünen diesmal nur 8,72 Prozent holen (2018: 10,16 Prozent). 8,97 Pro-



Christian Kovacevic (SPÖ) wurde Landtagsabgeordneter.



Kramsachs Bgm. Andreas Gang (FPÖ) schaffte es in den Landtag.



Im Landtag: Michael Jäger erreichte 2.870 Vorzugsstimmen. Foto: Fischler



Birgit Obermüller erhielt das zweite Mandat der Neos. Fotos (3): Klausner

zent machten ihr „Kreuzerl“ bei der Liste Fritz (2018: 5,43 Prozent). Die Neos überzeugten 6,29 Prozent der Wählerschaft (2018: 4,23 Prozent). Die erstmals bei einer

Tiroler Landtagswahl antretende MFG war mit 3,27 Prozent der Stimmen weniger erfolgreich. Die Wahlbeteiligung im Bezirk stieg auf 62,39 Prozent.

BKH-Bericht fordert mehr Raum

Es besteht kein Personalmangel, aber es braucht eine räumliche Erweiterung.

KUFSTEIN. Ein Mobbingprozess rund um einen Diplompfleger an der Psychiatrie im Bezirkskrankenhaus (BKH) Kufstein hatte im Juli 2022 den Verdacht auf einen Pflegeskandal gebracht.

JAHRESRÜCKBLICK DEZEMBER

Das Krankenhaus startete eine interne Aufarbeitung der Causa durch ein Rechtsanwaltsbüro. Intern hatte es bereits personelle Konsequenzen gegeben, wobei – zusätzlich zum klagenden Pfleger – eine Person den Hut nehmen musste. Aber auch Verwarnungen wurden ausgesprochen, Schulungen und Mediationen vorangetrieben. Ab 2023 will man den Nachtdienst personell aufstocken, „um ein durchgehendes Vier-Augen-Prinzip während der Behandlung sicherzustellen“, so Puecher. Die notwendigen Mittel

fürs Budget 2023 hat der Gemeindeverband bereits beschlossen.

Kein Personalmangel

Abseits des Gerichtsverfahrens gab es aber auch eine externe Aufarbeitung. Ein Bericht dazu liegt nun vor. Verfasst hat den Bericht Univ.-Prof. Dr. Josef Marksteiner, Arzt und Leiter der „Psychiatrie und Psychotherapie A“ am LKH Hall. Er hat durch Interviews und Sichtung sämtlicher vorliegender Daten vor allem die personellen Strukturen beleuchtet. Sein Fazit: „Vom Personal her war es im Prinzip so, dass die Kriterien für Psychiatrie sehr gut erfüllt sind“, sagt Marksteiner. Es gebe keine „strukturellen Defizite“, die Abteilung im BKH Kufstein „überfülle“ vielmehr die Erfordernisse. Allerdings ortet er für die Zukunft Handlungsbedarf bei den Räumlichkeiten, vor allem im sogenannten „beschützten Bereich“, in dem Patienten nach dem Unter-



Rudi Puecher und Univ.-Prof. Dr. Josef Marksteiner (v.l.).

Foto: Fluckinger

bringungsgesetz untergebracht sind.

WhatsApp ist „heißes Thema“

Marksteiner betonte, dass WhatsApp insgesamt ein heißes Thema sei – nicht nur im Krankenhaus. WhatsApp habe zu Covid-Beginn in manchen Krankenhäusern gedient, um sich schnell über aktuelle Dinge auszutauschen. „Ich glaube, etliches ist in der ganzen Geschichte passiert in guter Absicht, aber falsch gelaufen“, so Marksteiner.

Blackout: Region bereitet sich vor

Die KUUSK-Region präsentierte bei Info-Abend verschiedene Szenarien.

BARBARA FLUCKINGER

KUFSTEIN, BEZIRK. Wie genau könnte ein Blackout in der Region verlaufen? Diese Frage beantwortete die Klima- und Energiemodellregion Kufstein und Umgebung, Untere Schranne-Kaiserwinkel (kurz: KUUSK) gemeinsam mit der Stadtgemeinde Kufstein kürzlich beim Info-Abend „Blackout“.

Interessierte waren dafür am Dienstag, den 13. Dezember, ins Kultur Quartier gekommen. Am Podium wurden die Ergebnisse der Blackout-Szenarien präsentiert. Wie die derzeitigen Blackout-Maßnahmen auf Landes- und Gemeindeebene aussehen, zeigten Elmar Rizzoli, Leiter der Gruppe Tiroler Zentrum für Krisen- und Katastrophenmanagement, und Kufsteins Bürgermeister Martin Krumschnabel.

Das Regionalmanagement KUUSK hatte das Forschungsinstitut SBA Research damit beauftragt, den aktuellen Stand der Blackout-Vorbereitungen in der Region zu erheben. Das Institut startete damit im April 2022 und hat basierend auf den Erhebungen auch Handlungsempfehlungen abgeleitet. „Die Erhebung war der Beginn, um Möglichkeiten zu finden, wie man in der Region in der Krise zusammenhelfen und in den Gemeinden Plätze für Wärme und Nahrung zur Verfügung stellen kann“, erklärte auch Bgm. Josef Ritzer, der Obmann des KUUSK-Regionalmanagements.



Beim Info-Abend waren auf dem Podium: Elmar Rizzoli (Land), Johanna Ullrich (SBA), Anja Klauzer (SBA) und Bgm. Martin Krumschnabel (v.l.). Foto: KUUSK

Die Untersuchungen des Forschungsinstitutes bringen vor allem eine wichtige Erkenntnis: Die lokalen Akteurinnen und Akteure in der Region haben zwar keinen Einfluss auf die Ursachen eines Blackouts, spielen aber eine große Rolle beim Umgang mit den Folgen eines Blackouts.

Demnach können Akteure, wie Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter, Feuerwehren, Polizei und Krankenhäuser, Blackout-Folgen mildern, wenn sie denn gut darauf vorbereitet sind. Um das zu gewährleisten, ist es wichtig, in den Organisationen Katastrophenpläne zu erstellen und diese auch immer wieder zu „üben“.

„Möglichst eigenständig“

„Ein weiterer zentraler Punkt ist eine möglichst eigenständige Versorgung der Bevölkerung“, betont Johanna Ullrich vom Forschungsinstitut SBA Research. „Dadurch können die Einsatzorganisationen entlastet werden, um ihre

eigentlichen Kernaufgaben unter den sowieso erschwerten Bedingungen eines Blackouts zu erfüllen.“

Was die eigenständige Versorgung betrifft, will die Festungsstadt Kufstein als Vorbild wirken. Bald wird ein Blackout-Flyer an alle Kufsteiner Bürgerinnen und Bürger ergehen. Darin geht es darum, die Bevölkerung über mögliche Vorbereitungen zu informieren. Die Stadt hat kürzlich auch drei Notstromaggregate gekauft, sodass die Wohnheime Kufstein Zell und Innpark sowie die Sportarena Kufstein im Blackout-Fall als Leuchttürme und Anlaufstellen zur Verfügung stehen. Martin Krumschnabel gesteht ein, dass man noch am Anfang der Entwicklung stehe und jeder noch wesentlich mehr beitragen müsse. „Man müsste sich wie für einen 14-Tage-Campingurlaub eindecken“, erklärt Krumschnabel.

Das Projekt „Blackout-Szenarien“ wurde mit Mitteln von Bund, Land und EU kofinanziert.

Vierte GAF-Ausschüttung bringt 4,41 Millionen Euro

TIROL. Die vierte Ausschüttung des Gemeindeausgleichsfonds 2022 steht an. Insgesamt gibt es rund 41 Millionen Euro für die Tiroler Gemeinden. Neubauten, Infrastrukturmaßnahmen und andere Projekte können in den Tiroler Gemeinden durch den GAF realisiert werden. „Das Land und der Bund können die Teuerung nicht zu einhundert Prozent abfedern, ohne nachkommenden Generationen einen riesigen Schuldenberg zu hinterlassen. Es ist aber wesentlich, dass verfügbare finan-

zielle Mittel dort ankommen, wo sie am dringendsten benötigt werden“, weiß Gemeindeferent LH Mattle.

Auf den Bezirk Kufstein entfallen rund 4,41 Millionen Euro. Umgesetzt werden mit Hilfe der Ausschüttung unter anderem: die Blackout-Vorsorge, der Ankauf eines Schneepflugs in Niederndorferberg, die Sanierung der Volksschule Söll, die Sanierung des Feuerwehrgerätehauses Ebbs und Umbauarbeiten für einen Hochbehälter in Radfeld.

Krippenausstellung in Mehrzweckhalle Ebbs

NIEDERNDORF. Der Krippenverein Untere Schranne stellt in der Mehrzweckhalle in Ebbs die Krippen der letzten drei Kursjahre aus. Am 8. Dezember findet um 17 Uhr die feierliche Eröffnung mit Segnung der Krippen statt. Ausstellungszeiten: 8. Dezember: 11 bis 19 Uhr, 9. Dezember: 13 bis 20 Uhr, 10. Dezember: 10 bis 20 Uhr, 11. Dezember: 10 bis 17 Uhr.



Krippenausstellung in Ebbser Mehrzweckhalle. Foto: Krippenverein Untere Schranne

BKH-ERWEITERUNG

„Ich habe dazu bereits ein Erstgespräch mit der neuen Gesundheitslandesrätin geführt. In den letzten Jahren wurden vor allem andere Versorgungsregionen großzügig bedient. Das wird sich jetzt ändern“, erklärt Rudi Puecher zu einer im Raum stehenden Erweiterung des BKH Kufstein. Die entsprechenden Pläne liegen bereits in der Schublade und sehen unter anderem neue, zeitgemäße Räumlichkeiten für die Psychiatrie vor. Auch eine neue Intensivstation mit Pflegeklinik soll im Zubau integriert werden. Das entsprechende Grundstück wurde 2011 angekauft und 2014 ein Architekturwettbewerb durchgeführt. Die Kosten für den Bau liegen bei 100 Millionen Euro, wobei der Krankenhausverband ein Viertel an Eigenmitteln nachweisen müsste – Geld, das derzeit nicht in diesem Ausmaß vorhanden ist. „Der Gemeindeverband steht zu 100 Prozent hinter dem Projekt. Jetzt braucht es auch ein klares Bekenntnis der Landesregierung“, so Puecher.

WE übergibt neues Gebäude für das „betreute Wohnen“

EBBS. Es sind 36 Wohneinheiten, die nun in der Gemeinde Ebbs neu entstanden sind. Am Mittwoch, den 30. November, konnten dazu die Schlüssel in feierlichem Rahmen übergeben werden. Walter Sojer, „Wohnungseigentum“ (WE), sprach von einem „besonderen Tag“, nicht zuletzt weil es ein Projekt ist, das von einer guten Kooperation geprägt war. Nicht nur die WE verbindet mit der Gemeinde Ebbs eine Zusammenarbeit, auch das Projekt selbst ist Zeugnis einer solchen. So finden Personen aus den sechs Verbandsgemeinden Ebbs, Erl, Niederndorf, Niederndorferberg, Rettenschöss und Walchsee dort einen Platz. Dabei geht es um mehr als „nur“ Wohnungen. In unmittelbarer Nachbarschaft zum Sozialzentrum wird im Neubau betreutes und betreubares Wohnen angeboten. Ergänzend erhält der Sozialsprengel



Am 30. November wurden die Schlüssel übergeben.

Foto: Fluckinger

neue Räumlichkeiten und auch die Lebenshilfe Tirol mietet Wohneinheiten. Die Gesamtbaukosten beliefen sich auf rund 6,5 Millionen Euro, wobei die Tiroler Wohnbauförderung den Bau mit dem Höchstsatz bzw. einem Darlehen in der Höhe von 2,7 Millionen Euro sowie einem garantierten Annuitätenzuschuss unterstützt. Die Fertigstellung und Übergabe erfolgten nach einer rund zweijährigen Bauzeit termingerecht.

ZEITUNGSARTIKEL 7./8. DEZ. 2022

Bericht fordert im

Laut externer Prüfung besteht in Psychiatrie zwar kein Personalmangel, aber es braucht eine räumliche Erweiterung.

BARBARA FLUCKINGER

KUPSTEIN. Ein Mobbingprozess rund um einen Diplompfleger an der Psychiatrie im Bezirkskrankenhaus (BKH) Kufstein hatte im Juli 2022 den Verdacht auf einen Pflegeskandal gebracht. Der Vorwurf: Patienten der Psychiatrie sollen gefilmt und fotografiert, das Material dann in einer Chat-Gruppe von Mitarbeitern des Teams verschickt worden sein, um sich über die Patienten lustig zu machen.

Das Krankenhaus startete eine interne Aufarbeitung der Causa durch ein Rechtsanwaltsbüro. „Es hat dann sofort aufgrund der internen Aufarbeitung Anzeigen



BKH-Obmann Rudi Puecher und Univ.-Prof. Dr. Josef Marksteiner (v.l.) präsentieren den externen Bericht zur Psychiatrie am BKH Kufstein. Foto: Fluckinger

seitens des Verbandes bei der Datenschutzbehörde und auch beim Arbeitsgericht gegeben“, betont BKH-Obmann Rudi Puecher.

Intern hat es bereits personelle Konsequenzen gegeben, wobei – zusätzlich zum klagenden Pfleger – eine Person den Hut nehmen musste. Aber auch Verwarnungen wurden ausgesprochen, Schulungen und Mediationen vorangetrieben. Ab 2023 will man den Nachtdienst personell aufstocken, „um ein durchgehendes

Vier-Augen-Prinzip während der Behandlung sicherzustellen“, so Puecher. Die notwendigen Mittel fürs Budget 2023 hat der Gemeindeverband bereits beschlossen.

„Seitens des Gemeindeverbandes war uns eine externe und unabhängige Aufarbeitung sehr wichtig, um das Vertrauen der Patientinnen und Patienten gegenüber dem Krankenhaus (...) wiederherzustellen“, betont Puecher. „Die nachgewiesenen Datenschutzverletzungen und Vorwür-

BKH mehr „Raum“

fe betreffend Mobbing sind gerichtsanhängig und müssen dort bewertet werden“, sagt Puecher zum Mobbingprozess. Hier warte man noch auf eine Rückmeldung der Datenschutzbehörde.

Kein Personalmangel

Abseits des Gerichtsverfahrens rund um die Mobbing-Vorwürfe gab es aber auch eine externe Aufarbeitung. Ein Bericht dazu liegt nun vor. Verfasst hat den Bericht Univ.-Prof. Dr. Josef Marksteiner, Arzt und Leiter der „Psychiatrie und Psychotherapie A“ am LKH Hall. Er hat durch Interviews und Sichtung sämtlicher vorliegender Daten vor allem die personellen Strukturen beleuchtet. Sein Fazit: „Vom Personal her war es im Prinzip so, dass die Kriterien für Psychiatrie sehr gut erfüllt sind“, sagt Marksteiner. Es gebe keine „strukturellen Defizite“, die Abteilung im BKH Kufstein „übererfülle“ vielmehr die Erfordernisse.

Allerdings ortet er für die Zukunft Handlungsbedarf bei den Räumlichkeiten, vor allem im sogenannten „geschützten Bereich“, in dem Patienten nach dem Unterbringungsgesetz untergebracht sind. Die Voraussetzungen für den Betrieb seien aktuell gegeben. Als Nachteil nennt Marksteiner aber die Lage im vierten Stock.

Für zukünftige Bauvorhaben wäre es hier wünschenswert, dass der Bau großzügiger werde, um die Erfordernisse auch in der Zukunft zu erfüllen. Vor allem die Zunahme an Menschen mit Demenzerkrankungen wird zu einer zentralen Herausforderung für den Gesundheitsbereich. Der Bericht empfiehlt demnach für Kufstein den Ausbau des Angebots im stationären und ambulanten Bereich.

WhatsApp ist „heißes Thema“

Marksteiner betonte, dass seiner Ansicht nach WhatsApp insge-

samt ein heißes Thema sei – nicht nur im Krankenhaus. WhatsApp habe zu Covid-Beginn in manchen Krankenhäusern gedient, um sich schnell über aktuelle Dinge auszutauschen. „Ich glaube, etliches ist in der ganzen Geschichte passiert in guter Absicht, aber falsch gelaufen“, so Marksteiner. Inzwischen dürfte es laut Marksteiner in jedem Krankenhaus so sein, dass WhatsApp-Gruppen mit patientenbezogenen Daten ein No-Go sind.

UMFRAGE

Mehr dazu und eine Umfrage finden Sie auf meinbezirk.at/kufstein/



Bezirksblätter 28./29. Dez. 2022

LOKALES 7

35-Jähriger war mit 107 km/h unterwegs

EBBS. Am Dienstag, den 20. Dezember, um 14:00 Uhr stoppte eine Polizeistreife in Ebbs einen Autofahrer. Dieser war im Ortsgebiet mit 107 km/h gefahren. Der 35-jährige Lenker des PKWs hatte die festgesetzte Geschwindigkeit im Ort um beachtliche 57 km/h überschritten. Der Autofahrer wurde wegen dieser Verwaltungsübertretung angezeigt.

BEZIRKSBLÄTTER

28./29. DEZ 2022

Vier Höhlen im Inntal setzen Kooperation fort

BEZIRK. Vier Höhlen sind seit einem Jahrzehnt als die „inntaler unterwelten“ vereint: die Schauhöhle am Wendelstein, das Grafenloch in Oberaudorf, die Tischferhöhle bei Ebbs und die Eis- und Tropfsteinhöhle bei Angerberg. Die Betreiber bestärkten in Oberaudorf die Fortsetzung der bayrisch-tirolerischen Kooperation.



Hier arbeiten Bayern und Tirol erfolgreich zusammen. Foto: inntaler unterwelten

66. Bezirksbäuerinnentag Bezirk Kufstein



Dem damaligen Bezirkssekretär in der Bezirkslandwirtschaftskammer Kufstein Anton Pfurtscheller lagen die Bäuerinnen sehr am Herzen, er schätzte ihre Arbeit in der Familie und am Hof – ihm war die wichtige Rolle der Frau bewusst. So organisierte die Bezirkslandwirtschaftskammer am 07.02.1954 den ersten Bäuerinnentag mit einer Messe, einem Fachvortrag und einem geselligen Teil. Mit dieser Großveranstaltung wollte man damals wie heute das Gemeinschaftsgefühl wecken und den Bäuerinnen Selbstvertrauen schenken. Laut dem Bericht von Elisabeth Grander aus Scheffau (langjährige Ortsbäuerin) wurden 1952 in den Gemeinden Ortsbäuerinnen von der Bezirkskammer bestellt. Ca. 10 Jahre später fand dann die erste Wahl statt und 1962 die Gründung der Landesorganisation. Bis heute kann die Tiroler Bäuerinnenorganisation folgende

Meilensteine verzeichnen:

- 1958 Erste Bäuerinnen Erholung
- 1980 Gründung „Sozialfonds Bäuerinnen helfen Bäuerinnen“ in den Bezirken
- 1982 Mutterschutzgesetz für Bäuerinnen
- 1991 Bäuerinnen erhalten Karenzgeld
- 1992 Einführung der Bäuerinnen-Pension
- 1993 Pensionsbegründete Anrechnung von Kindererziehungszeiten
- 2001 Einführung des Kinderbetreuungsgeldes

Gedanken der Bezirksbäuerin

Christine Lintner: Bereits zum 66. Mal treffen sich heuer Bäuerinnen aus dem ganzen Bezirk, um miteinander ihren Festtag zu begehen. Im Zeichen des Zusammenkommens, im Sinne der Gemeinschaft und der Weiterbildung. „Wege entstehen dadurch, dass wir sie gehen“, das Zitat von Franz Kafka erinnert uns daran, dass es im Leben immer das Wagnis

des ersten Schrittes braucht um etwas voranzubringen, um etwas zu verändern. Durch mutiges vorangehen entsteht Schritt für Schritt ein neuer Weg und damit neue Möglichkeiten.

Im Laufe der Zeit hat sich das Berufsbild der Bäuerin gewandelt und damit auch die Themen und Aufgaben der Organisation der Bäuerinnen. Zunächst ging es um Wissensvermittlung rund um den bäuerlichen Haushalt, später um die Möglichkeit eines eigenen Einkommens mit dem Aufbau verschiedener Betriebszweige (z.B. bäuerliche Vermietung). Heute sehen wir uns unter anderem als Botschafterinnen der heimischen Landwirtschaft, wie etwa beim Aktionstag an den Volksschulen im Herbst. Neben Bildung und Gemeinschaft spielt der soziale Aspekt eine große Rolle innerhalb unserer Aufgaben. So wurden im Rahmen der Veranstaltungen im Jubiläumsjahr „60 Jahre Bäuerinnen Tirol“ mehr als 27.000 Euro für den Verein „Frauen helfen Frauen“ gespendet. Der Erlös des Bäuerinnentages kommt dem Sozialfond „Bäuerinnen helfen Bäuerinnen“ zugute. Bäuerliche Familien werden damit in schwierigen Zeiten unbürokratisch und direkt unterstützt.

Auch in Zukunft gilt es, sich neuen Herausforderungen zu stellen und sich dem stetigen Wandel nicht nur anzupassen sondern aktiv Veränderungen anzugehen. Mit dem Wissen, Teil einer starken Gemeinschaft zu sein, Wegbegleiterinnen zu haben, fallen die ersten Schritte auf neuen Wegen leichter.



Kufsteiner Bezirksbäuerinnentag in Kramsach mit zahlreichen Ehrengästen und einem interessanten Festreferat „Wege in die Zukunft“ von Georg Schärmer, ehemaliger Caritas-Direktor

Foto: LK Bäuerinnenorganisation



Präsentierten den externen Bericht: Krankenhausverbandsobmann Bgm. Rudi Puecher sowie Univ.-Prof. Dr. Josef Marksteiner.

wird auf den Bericht mit einer dritten Person im Nachtdienst reagiert: „Wir werden ab 2023 den Nachtdienst personell aufstocken, um ein durchgehendes Vier-Augen-Prinzip während der Behandlung sicherzustellen“, so Puecher.

Neubau hängt an Finanzierung

Der Bericht empfiehlt auch den Ausbau des Angebots im stationären

und ambulanten Bereich. Die Pläne dazu liegen lt. Puecher schon seit acht Jahren in der Schublade: „Wir haben ein einreichfähiges Projekt am Tisch und wissen von der Notwendigkeit.“ Konkret gehe es um einen Zubau u. a. mit neuen, zeitgemäßen Räumlichkeiten für die Psychiatrie sowie einer neuen Intensivstation mit angeschlossener Pflegeklinik. Insgesamt könnte die Bettenkapazität von 383 auf 440 erhöht werden. Die Kostenschätzung dafür liegt bei € 100 Mio., davon müsste der Gemeindeverband € 25 Mio. aufbringen: „Dieses Geld ist im Moment nicht da. Ich habe dazu bereits ein Erstgespräch mit der neuen Gesundheitslandesrätin geführt“, wünscht sich Puecher schnellstmöglich ein Einverständnis mit dem Land.

Pflegeskandal am BKH Kufstein: Externer Bericht zur Psychiatrie liegt vor

Im August erhob ein ehemaliger Mitarbeiter der Abteilung für Psychiatrie im BKH Kufstein im Rahmen eines Mobbingprozesses schwere Vorwürfe: Pflegebedienstete sollen im Jahr 2021 ungefragt mehrere Fotos und Videos von Patienten angefertigt, mit den Kollegen in einer WhatsApp-Gruppe geteilt und mit Smileys und belustigenden Kommentaren versehen haben. Ein externer Bericht zu den mutmaßlichen Vorfällen liegt jetzt vor, die Chats waren jedoch nicht Gegenstand der Untersuchungen.

Es waren erschütternde Details, die vor vier Monaten ans Licht kamen: „Zu einem schwer dementen Mann - nur mit Unterhose im Bett liegend - hat sich ein Pfleger mit dem Daumen nach oben dazu gelegt und gelacht. Weiters wurde eine ebenfalls schwer dementkranke Frau gefilmt. Obwohl diese Frau im Video noch sagte, dass sie nicht fotografiert werden möchte, lachte der Pfleger und antwortete süffisant: Es ist eh kein Foto, sondern ein Video“, zeigte sich der Innsbrucker Anwalt Michael Rück erschüttert. Dazu soll sich ein Pfleger im Dienst in den Räumlichkeiten des BKH Kufstein gefilmt haben, wie dieser sich einen „runterholt“. Dieses Video soll anschließend einer stationär aufgenommenen Patientin geschickt worden sein.

BKH Kufstein verspricht Aufklärung

Aufgrund der Vorwürfe schaltete das BKH Kufstein die Datenschutzbehörde in Wien sowie das Arbeitsgericht ein und versprach eine vollständige, transparente Aufklärung. Der Obmann des Kufsteiner Krankenhausverbandes, Brixleggs Bgm. Rudolf Puecher, bestätigte vergangenen Donnerstag, 1. Dezember, die Entlassungen von zwei Pflegern. Ob es für weitere Mitarbeiter Konsequenzen geben wird, hänge vom Ausgang der Prozesse ab.

Externer Bericht liegt vor

Ein Team um den Arzt und Leiter der Psychiatrie und Psychotherapie A am LKH Hall, Univ.-Prof. Dr. Josef Marksteiner, hat in den letzten Wochen zahlreiche Interviews vor Ort geführt und interne Dokumente und Unterlagen gesichtet. Dabei wurde festgestellt, dass es keine Hinweise auf offensichtliche, strukturelle Defizite gibt und die Abteilung in den letzten Jahren in der Lage war, die zugewiesenen Aufgaben und komplexen Anforderungen in der Versorgung der Patienten zu bewältigen. Im ersten Schritt

Wenn der Strom ausfällt, ist es für Vorbereitungen zu spät

Blackout-Studie für Gemeinden rund um Kufstein und im Kaiserwinkl zeigt, dass bei den Vorbereitungen noch viel zu tun ist.

Von Wolfgang Otter

Kufstein – Am besten ist es, wenn ein Blackout erst überhaupt nicht eintritt. Also muss man alles tun, um solch ein Notfallereignis zu vermeiden. Im Ernstfall könnte es daher auch zu vorsorglichen und zeitlich befristeten Stromabschaltungen kommen, um das Netz zu stabilisieren und ein Blackout zu verhindern. Diese Erkenntnisse hörte man am Montagabend im Kultur Quartier Kufstein, als das Ergebnis einer Studie des Forschungsinstituts SBA Research zum Status quo und der Notwendigkeit der Blackout-Vorbereitungen in der Region präsentiert wurde. In Auftrag gegeben hatte die Studie das Regionalmanagement Kufstein und Umgebung, Untere Schranne-Kaiserwinkl (KUUSK).

Das Problem sei, so Johanna Ulrich und Anja Kautzer von der Leitung der Forschungsgruppe Netzsicherheit kritische Infrastruktur, dass die Gefahr für einen längeren Stromausfall zwar gegeben sei, „aber niemand sagen kann, wann er eintritt und wie lange er dauert“.



Unter dem Motto „Was tun, wenn der Strom ausgeht?“ wurde im Kultur Quartier über ein drohendes Blackout informiert und diskutiert. Foto: Otter

Auch die Vorbereitung sei schwierig, sagte als Gastredner Elmar Rizzoli, Leiter der Gruppe Tiroler Zentrum für Krisen- und Katastrophenmanagement: „Während man mit einer Katastrophe

wie einer Lawine umzugehen gelernt hat, kommt man bei einem Blackout vom Hundertsten ins Tausendste.“

So viel liegt auf der Hand, ein flächendeckender längerer Stromausfall hätte katastrophale Auswirkungen auf die Versorgungslage. Zwar gebe es auch Treibstoffreserven für Transformatoren zur Stromerzeugung und Einsatzfahrzeuge auf lokaler und bundesweiter Ebene, aber auch die seien beschränkt. Die Erhebung war auch der Beginn der Überlegungen, um „Plätze für Wärme und Nahrung zur Verfügung stellen zu kön-

nen“, sagte KUUSK-Obmann Josef Ritzer. In Kufstein wäre einer dieser „Leuchttürme“ in der Kufstein Arena, wo hin sich die Bevölkerung auf der Suche nach Hilfe wenden könnte. Die Wasserversorgung sei großteils gesichert in Gemeinden, wo UV-Anlagen für das Trinkwasser notwendig sind, müsse man die Bürger rechtzeitig darauf hinweisen. Anders die Abwasser-situation, dort könnte es zu kritischen Situationen kommen.

In den Gemeinden sind bereits Maßnahmen umgesetzt bzw. in Vorbereitung. So wurde an einer Volksschule bereits mit den Kindern darüber gesprochen, was bei einem Stromausfall zu tun ist, und die LehrerInnen angewiesen mit vollgeladenen Diensthandyakkus in die Schule zu kommen, um im Notfall noch mit Eltern Kontakt aufnehmen zu können. Notfall sollte man auch über Boten nachdenken, wenn Handy- und Funkgeräte nicht mehr funktionieren, „aber wichtig ist auf alle Fälle, dass alle Maßnahmen bereits im Vorhinein festgelegt sind“, sagten die Experten. Eines macht auch Kufsteins Bürgermeister Martin Krumschnabel klar: „Es ist für niemanden möglich, 22.000 Menschen in Kufstein über längere Zeit zu versorgen.“ Daher muss sich jeder Einzelne „mit Bevorratung schützen“. In Kufstein wird demnächst ein Folde mit Tipps in den Briefkästen landen. Aber es ist noch viel zu tun, wie sich zeigte.

Schwarzer Christkindlmarkt

STADTGALERIEN
SHOPPING ERLEBNIS SCHWAZ

ADVENTZAUBER NOCH BIS 23.12

Donnerstag
Freitag und Samstag
ab 15:00 Uhr

TT 15. DEZ. 2022